

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 146 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 3/2007 VOM 9. MÄRZ 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Menschen, Bäume
und Beton**
Anzeige für Zustand der Gesellschaft

7 | **Sozialticket bleibt
Forderung**
94. Eberswalder Montagsdemo

12 | **»Hunde weg, Kinder weg,
alles muß weg!«**
Einwohnerversammlungen in EW

»Friedensbrücke« oder »Kriegsgraben«?

von Gerd Markmann

Straßenbenennungen sind Politikum und Widerspiegelung der gerade herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse und der Umgang mit den Straßennamen der vorherigen Epochen ist Ausdruck für das Kulturniveau der neuen Eliten. Anfang der 90er Jahren wurden dazu auch in Eberswalde heftige Diskussionen geführt. In den letzten Monaten mauserte sich eine geplante Straßenumbenennung unter der Hand erneut zum umstrittenen Problem.

Knapp am Eklat vorbei

Ganz knapp schrammte die Stadt Eberswalde an einem Eklat vorbei. Ein Teil der Straße »An der Friedensbrücke« sollte nach dem Stadthistoriker Rudolf Schmidt benannt werden. Die Verdienste Schmidts um die Erforschung der Eberswalder Geschichte sind bekannt und allgemein anerkannt. Doch die Einreicher hatten übersehen, daß Schmidt als Mitglied der NSdAP zugleich zu den Stützen des Naziregimes gehörte und sich der entsprechende ideologische Einfluß auch in seinem Hauptwerk »Die Geschichte Eberswaldes« widerspiegelt. Nachdem in der »Barnimer Bürgerpost« darauf hingewiesen wurde (BBP 11/2006), verschwand der Vorschlag stillschweigend in der Schublade.

Skandalöser Umgang mit einem Ehrenbürger

Stattdessen wurde – ebenso stillschweigend und auf die Schnelle – ein neuer Name ins Spiel gebracht. Am 16. November 2006 beschloß der Hauptausschuß die Umbenennung in »Erich-Schuppan-Straße«. Mit welcher heißen Nadel man den Beschluß strickte, geht aus dem am 8. Januar im Amtsblatt veröffentlichten Beschlußtext hervor. Denn man vergaß aufzuschreiben, welche Straße umbenannt wurde.

Erich Schuppan wurde als Notnagel mißbraucht, um den vorherigen Patzer zu vertuschen. Seit grad anderthalb Monate war Schuppan tot, die Kränze auf seinem Grab noch nicht verdorrt. Üblicherweise liegt zwischen dem Ableben von Personen und der Verwendung ihrer Namen eine Schamfrist von 5 Jahren. Die Öffentlichkeit blieb ohne Information. Niemand machte den Versuch, der Namensgebung wenigstens einen ehrenvollen Rahmen zu geben. Insgesamt ein skandalöser Umgang mit dem Namen des Eberswalder Ehrenbürgers Erich Schuppan.

CDU seit langem gegen »Friedensbrücke«

Der Streit um die Straße »An der Friedensbrücke« währt schon lange. Zusammen mit einer langen Liste Eberswalder Antifaschisten hatte die Eberswalder StVV schon am 13. Juni 1991 auch das Verschwinden des Namens »An der Friedensbrücke« aus dem Eberswalder Straßenbild beschlossen. Letzteres wurde aus irgendwelchen Gründen dann aber nicht umgesetzt, so daß die StVV diesen Umbenennungsbeschluß 1993 wieder aufhob. Lang schienen die Wogen geglättet zu sein, bis Anfang des neuen Jahrtausends die CDU in der StVV einen erneuten Vorstoß gegen den Namen »An der Friedensbrücke« unternahm. Die nicht erkennbare »Brücke« im Zusammenhang mit der Straße stelle ein Problem dar, argumentierte die CDU. Die Stadtverordneten lehnten das Ansinnen am 25. April 2002 mehrheitlich ab. Allerdings ohne weitere Diskussion, so daß nicht herauskam, ob das Problem der CDU vielleicht weniger bei der »Brücke« als vielmehr beim Wörtchen »Frieden« lag. Dies jedenfalls wurde damals am Rande der StVV-Beratungen vermutet.



Der Landrat möchte nicht »An der Friedensbrücke« residieren. Er will die Nummer 1 »Am Markt« werden. Doch mit der Stadt und den Gemeinden steht er auf Kriegsfuß. Die aufgerissenen Gräben vor dem Kreishausneubau sind inzwischen verfüllt. Das sollte auch mit dem symbolischen Graben zwischen Kreis und Stadt gelingen.

Militarisierung des Landkreises

Im Jahr 2006 ging der Streit um den Namen »An der Friedensbrücke« in die vorerst letzte Runde. Diesmal offenbar auf Initiative des Landrates. Der will ab Juli 2007, wenn das neue Kreishaus übergeben wird, die Adresse »Am Markt Nr. 1« auf seinem Briefbogen stehen haben. Manche sehen darin den Ausdruck von gesundem Selbstbewußtsein. Andere hingegen fassen es als arrogante Selbstüberhebung auf und meinen, die Nummer 1 am Eberswalder Marktplatz stünde dem Eberswalder Bürgermeister zu. Daß der Landrat nicht »An der Friedensbrücke« residieren will, kann man durchaus nachvollziehen. Schon im Sommer 1999 betrieben der Landrat und seine CDU/SPD-Koalition die Aufhebung des Kreistagsbeschlusses von 1990 »Für einen militärfreien Kreis« (BBP 8/1999, 2/2000 u. 4/2000). Erst vor einem Monat bejubelte die Kreisverwaltung in ihrem Eifer um die Militarisierung des Landkreises die Einrichtung eines neuen militärischen Kreisverbindungskommandos (BBP 2/2007).

Fortsetzung auf Seite 2

Unanständig

Die anstehende Rentenreform und ihre Begründung sind unanständig. Im Vertrauen auf eine angemessene Rente verzichten viele Menschen regelmäßig auf einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens. Dafür könnten sie auch eine anständige Behandlung und sachgerechte Informationen erwarten. Statt dessen werden sie unanständig behandelt.

Schon gegenwärtig muß ein nicht unbeachtlicher Teil der Rentenzahlungen aus dem Bundeshaushalt bestritten werden, weil die eingehenden Beiträge dafür nicht ausreichen. Die Unterstützung der gesetzlichen Rentenversicherung macht den größten Posten im Bundeshaushalt aus. Es handelt sich um ein strukturelles, längerfristiges Problem, das sich in Zukunft eher verschärfen wird. Da man den Menschen nicht zumuten will, die Beiträge zur Rentenversicherung zu erhöhen, können eigentlich nur Leistungen gekürzt werden.

Bestehende Leistungen sind verbindlich zugesagt und dürfen nicht gekürzt werden. Also müssen die zukünftigen Leistungen verringert werden. Dem mündigen Bürger könnte man das auch so sagen. Stattdessen werden die aktiven Beitragszahler wie Deppen behandelt. Man möchte, daß sie später in Rente gehen, was mit längeren Zahlungen und einer kürzeren Bezugsdauer verbunden ist. Die Rentenreform ist also eine versteckte Rentenkürzung.

Konkret soll es zukünftig erst nach dem 67. Lebensjahr Rente geben. Für viele hart arbeitende Menschen stellt das eine akute Bedrohung dar. Die Rente mit 67 nimmt ihnen die Würde, mit ehrlicher Arbeit den Übergang in den Ruhestand zu schaffen. Schon jetzt gelingt es kaum jemandem mit 65 Jahren in Rente zu gehen. Insbesondere die klassischen Arbeiter mit überwiegend körperlichen Tätigkeiten haben kaum eine Chance, so lange zu arbeiten. Besonders betroffen sind die Mitarbeiter in den vielen kleinen Betrieben. Ihnen stehen die klassischen Mittel wie Vorruhestand oder Altersteilzeit gar nicht zur Verfügung. Für viele bleibt dann nur noch die Sozialhilfe, wenn sie es nicht schaffen, so lange körperlich und geistig fit zu bleiben. Auch für die Jüngeren stellt die Rentenreform eine Bedrohung dar. Sie sollen länger arbeiten und haben aber kaum die Möglichkeit dazu, weil es keine Arbeitsplätze gibt. Die Rentenreform erzeugt zusätzliche Spannungen zwischen den Alten und den Jungen. Von der Rentenreform geht ein falsches Signal aus. Stattdessen müßte die Arbeitszeit weiter gesenkt werden. Ein besonders wirksames Mittel wäre die Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Deshalb ist die Rentenreform unanständig und sollte nicht beschlossen werden.

Dr. agr. MANFRED PFAFF

Fortsetzung von Seite 1

»Friedensbrücke« oder »Kriegsgraben«?

Im Krieg mit den Gemeinden

Eine Straße mit dem Wort »Frieden« paßt aber auch aus anderer Sicht nicht zur aktuellen Politik der Kreisverwaltung. In deren Zwitterfunktion als untere Kommunalaufsicht und gleichzeitiger Dienstleister für die Gemeinden kommt letzteres im Selbstverständnis nur noch als bemäntelnde Worthülse vor. In der Realität hat die Kreisverwaltung den Gemeinden faktisch den Krieg erklärt. Das wurde zuletzt deutlich im Zusammenhang mit dem Streit um die Aufgaben der Kinderbetreuung und die damit begründete Erhöhung der Kreisumlage. Mit der Stadt Eberswalde steht die Landkreisleitung schon seit langem auf Kriegsfuß. Immer wieder werden Konflikte geschürt und Lösungen zum Nachteil der Stadt gesucht, sei es im Zusammenhang mit der Schulentwicklung oder auch beim Umgang mit dem ZWA. Freilich lieferte die Stadt unter ihrem früheren Bürgermeister genügend Anlässe. Als Ausdruck für den Status Quo sollte die Straße zwischen Kreis- und Rathaus vielleicht besser »Am Kriegsgraben« heißen?

Brücken statt Gräben

In der Stadt Eberswalde weht seit der Bürgermeisterwahl ein neuer, frischer Wind. Binnen kurzem entwickelte sich mit den Nachbargemeinden eine früher nicht für möglich gehaltene Zusammenarbeit. Warum soll das nicht auch mit dem Landkreis funktionieren? Zumal die Jubelfeiern zur Kreishauseinweihung für Landrat Ihrke wohl ähnliche Bedeutung erlangen werden, wie der 40. Jahrestag der DDR für Erich Honecker. Honecker regierte 18 Jahre. Ihrkes 18. Jahr beginnt in zwei Monaten.

Armut in Bernau?!

In der BRD leben 11 Millionen Menschen in Armut, darunter ca. 2,5 Millionen Kinder. Das sind Tatsachen in einem so reichen Land. Armut hat heute viele Gesichter und Armut bedeutet für viele, vom gesellschaftlichen Leben, von Kultur, Sport, ja oft sogar von Bildung ausgeschlossen zu sein. Die Bernauer Tafel, Bekleidungskammern, Möbellager und andere Hilfseinrichtungen berichten von steigendem Zulauf. Auch Sozialverbände und Schuldnerberatungen geben Alarm. Welches Ausmaß hat Armut inzwischen in Bernau erreicht?

Über dieses Thema möchte die PDS-Fraktion der StVV am 14. März ab 18 Uhr im Bernauer Treff 23 beraten. Vertreter von Vereinen und Verbänden sind hierzu eingeladen. Interessierte sind wie immer herzlich willkommen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN, MdB (PDS)

Die Straße »An der Friedensbrücke« ist nicht nur Mahnung und Erinnerung an den letzten Krieg, dem große Teile der Innenstadt zum Opfer fielen. Die »Friedensbrücke« kann auch Symbol sein für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kreis.

Doch dazu wird es wohl nicht kommen. Im Februar zog die Stadtverwaltung den Beschlußvorschlag zur Umbenennung der Straße »An der Friedensbrücke« in »Am Markt« zurück. Allerdings nur, um sie dem am 15. März tagenden Hauptausschuß zur Entscheidung vorzulegen. Nachdem es durch Nachfragen von Stadtverordneten zunächst einige Irritationen gab, stellte der für Rechtsfragen zuständige Beigeordnete Uwe Birk fest, daß nicht die StVV, sondern der Hauptausschuß zuständig ist. Wie Birk herausfand, ist der Hauptsatzung in der Anlage im Punkt 10 genau dies vermerkt. Die StVV habe diese Hauptsatzungsänderung im Jahr 1997 beschlossen, so Birk. Der Stadtkjurist versäumte aber offenbar den Blick in den aktuellen Kommentar zur Gemeindeordnung. Dort werden Straßenbenennungen ausdrücklich als nicht übertragbare Aufgabe der Gemeindevertretung charakterisiert.

Wie die Naziverstrickungen von Schmidt und der blamable Umgang mit dem Ehrenbürger Erich Schuppan zeigten, ist der Hauptausschuß in seiner Generalverantwortung für die Stadt ist mit dieser sensiblen Aufgabe überfordert. Im Zuge der ohnehin geplanten Strukturveränderungen in der Verwaltung muß auch die Hauptsatzung überarbeitet werden. Bei der Benennung von Straßen, wie bei anderen Entscheidungen, muß künftig gewährleistet werden, daß die Öffentlichkeit so umfassend wie möglich einbezogen wird.

Kritik an Triller war gefälscht

Eberswalde (bbp). Ende November ging beim Büro der StVV der Brief einer Familie Gottschalk aus der Ringstraße 109 ein mit massiven Beschuldigungen gegen den Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller. Als der Brief im öffentlichen Teil der StVV-Sitzung verlesen werden sollte, wandte Albrecht Triller ein, daß in der Ringstraße 109 niemand mit dem Namen Gottschalk wohne. Aus dem Hintergrund kam der Ruf, die Gottschalks würden in der Nummer 121 wohnen (BBP 12/2006).

Im Januar informierte der StVV-Vorsitzende Sven Köhle, daß die Verwaltung habe feststellen können, »daß es eine Familie Gottschalk in der Ringstraße 109 nicht gibt. Die in der Ringstraße 121 lebende Familie Gottschalk bestätigte gegenüber der Verwaltung, daß sie nicht Verfasser der Beschwerdeschreiben sind.«

Am besten wäre allerdings, nicht mehr auszuatmen. Mit der Atemluft emittiert die »Verbrennungsmaschine Mensch« jeden Tag ungefähr 1kg CO₂ pro Person in die Atmosphäre. Das sind – auf Europa bezogen – 182 Millionen Tonnen pro Jahr, menschliche, vollbiologische CO₂-Erzeugung. Netter Nebeneffekt: Wer nicht mehr atmet, schaltet auch keine Glühbirne mehr ein.

EGON W. KREUTZER zur Diskussion um ein »Glühbirnenverbot«
<http://www.egon-w-kreutzer.de/Meinung/14092Gluehbirnenverbot.html>

Beigeordneter Uwe Birk vor Abwahl

Eberswalde (bbp). Bürgermeister Friedhelm Boginski beantragte am 5. März die Abberufung von Uwe Birk als Beigeordneten der Stadt Eberswalde. »Das Vertrauensverhältnis ist nachhaltig so gestört«, heißt es in dem Antrag des Bürgermeisters, »daß die weitere Zusammenarbeit unmöglich ist«. Die bisherige – wenn auch kurze – Zusammenarbeit mit Birk habe sich sehr schwierig und als Behinderung der geordneten Verwaltungsleitung erwiesen.

Gemäß Gemeindeordnung muß bis zur Abstimmung über den Antrag eine Frist von mindestens 6 Wochen verstreichen. Demzufolge kann über den Abberufungsantrag auf der StVV-Sitzung am 26. April entschieden werden. Der Beschluß über die Abberufung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung. In Eberswalde sind das 25 Stadtverordnete (incl. Bürgermeister).

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg:

Allee darf nicht gefällt werden



Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg hat am 5. März die Beschwerde des Landkreises Barnim gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Frankfurt/Oder zurückgewiesen und damit die erstinstanzliche Entscheidung bestätigt. Dies bedeutet: Die Rüdritzer Allee darf nicht gefällt werden.

Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder hatte im Januar auf einen Eilantrag der Naturschutzverbände GRÜNE LIGA und BUND entschieden, daß der Befreiungsbescheid des LK Barnim zur Fällung der Allee rechtswidrig war und nicht vollzogen werden durfte. Hintergrund war, daß für die Alleebaumfällungen auch artenschutzrechtliche Befreiungen erforderlich gewesen wären und dann die Gesamtverantwortung beim Landesumweltamt liegt.

Der Landkreis ging dagegen in Beschwerde und trug vor, daß die Brutstätten von geschützten Vogelarten, die es auf zahlreichen Alleebäumen gibt, nicht den artenschutzrechtlichen Beschränkungen unterliegen.

Die Naturschutzverbände hatten dagegen auch in der zweiten Instanz nachgewiesen, daß es in der Allee zahlreiche geschützte Nist- und Brutstätten gibt. Das OVG Berlin-Brandenburg hat sowohl die rechtliche Auffassung als auch die Sachauffassung der Naturschutzver-

bände bestätigt. Es stellt fest, daß Nist- und Brutstätten auch dann geschützt sind, wenn sie beispielsweise im Winter nicht besetzt sind oder wenn sie nicht jedes Jahr von der gleichen, sondern von einer anderen geschützten Vogelart genutzt werden.

Sofern der Landkreis an seinen Plänen festhält, die Alleebäume zu fällen, ist er nun verpflichtet, einen entsprechenden Antrag auf Befreiung beim Landesumweltamt zu stellen. In diesem Verfahren müssen die anerkannten Naturschutzverbände erneut beteiligt werden und werden erneut vortragen, daß die Voraussetzungen sowohl für eine Befreiung vom Alleenschutz als auch für eine Befreiung vom Artenschutz nicht vorliegen. Das Verfahren, sofern es vom Landkreis noch einmal betrieben wird, dürfte mehrere Monate in Anspruch nehmen. Der Geschäftsführer der GRÜNEN LIGA Brandenburg, Norbert Wilke, freut sich über die Entscheidung des OVG: »Wir haben damit nicht nur die Allee, für deren Erhalt sich sehr viele Menschen eingesetzt haben, vorläufig gerettet, sondern auch einen wichtigen Sieg für den Natur- und den Artenschutz errungen. Denn die Urteilsgründe des OVG werden auch in künftigen Verfahren eine große Rolle spielen«.

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Verfahren eingeleitet

Eberswalde (bbp). In der Februarausgabe 2006 der »Barnimer Bürgerpost« hieß es: »Die politische Uhr für den Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz ist abgelaufen. Soll er in Frieden ruhen. Doch der Deckel des Topfes, in dem Schulz und seine Freunde jahrelang ihr Süppchen kochten, öffnete sich nur einen Spalt und schon verbreitete sich der unerträgliche Gestank von Willkür und Machtarroganz. Ob die Pietät vor dem Kadaver verhindert, daß der Deckel ganz aufgestoßen und in der Suppe gründlich herumgerührt wird? Zweifel sind angebracht...«

Gut ein Jahr später beginnt das »reinigende Gewitter«, von dem damals in der BBP die Rede war, seine Wirkung zu entfalten. Ein reichliches halbes Jahr hatte sich der Rechnungsprüfungsausschuß der StVV unter Leitung seines Vorsitzenden Volker Passoko (Linkspartei.PDS) gründlich mit den Vorgängen im Zusammenhang mit dem Bericht des Gemeindeprüfungsamtes und der zugehörigen »Spendenaffäre« beschäftigt. So Mancher wurde schon ungeduldig, warf dem Ausschußvorsitzenden gar Verschleppungstaktik vor. Aber die Gründlichkeit der Untersuchungen hat sich gelohnt. Am 8. März stellte der Rechnungsprüfungsausschuß die Ergebnisse vor.

Demnach haben sich die Vorwürfe zur Haushaltsführung weitgehend bestätigt. »Die Haushaltsführung der Stadt Eberswalde war im Berichtszeitraum nicht geordnet. Die Buchführung der Titel 'Bürgermeister' ist aus Sicht der Prüfer planmäßig und bewußt verschleiert worden.«

Folgende Maßnahmen wurden eingeleitet: Zu drei Themenkomplexen erfolgten Sonderprüfungen. Gegen zwei Beamte des gehobenen Dienstes und einen Wahlbeamten sind Verfahren eingeleitet worden. Gegen einen weiteren Mitarbeiter ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. In Folge des rechtlichen Gehörs wird entschieden werden, ob auch hier der Staatsanwalt eingeschaltet wird. Es wird weiter geprüft, inwieweit Regreßforderungen noch aussichtsreich gestellt werden können.

In einem Fall verlangte die Staatsanwaltschaft die Herausgabe von Unterlagen, die vollständig ausgehändigt wurden. Bürgermeister und Ausschuß versichern, daß jede Verfehlung ohne zu »decken« bearbeitet wird. Im nichtöffentlichen Teil der Ausschußsitzung wurden zu den Vorgängen »Roß und Reiter« genannt.

Beteiligungsbericht

Eberswalde (bbp). Wegen terminlicher Probleme kommt die bereits für die Februar-StVV angekündigte Beschlussvorlage der Fraktion der Linkspartei.PDS (BBP 2/2007) erst am 22. März auf die Tagesordnung. Inzwischen kündigte der zuständige Fachdienstleiter Robby Segebarth an, daß auch der noch fehlende Beteiligungsbericht für das Jahr 2005 in Vorbereitung ist. Dessen Fehlen war bereits auf der StVV im Dezember 2006 angemahnt worden.

Menschen, Bäume und Beton

von Daniel Fuchs

Eberswalde trägt den Beinamen »Waldstadt«, und wenn man die Stadt verläßt, sieht man auch, daß er nicht unverdient ist. Selbst wenn wir die öden Kiefernforste beiseitelassen, es gibt Buchen- und Moorwälder und – vegetationskundlich gesprochen – etliche relativ naturnahe Biotope im Umkreis der Stadt.

Aber im Stadtzentrum, am Kanal, die Straßen entlang und auf den öffentlichen Plätzen ist jeder Baum ein Einzelkämpfer, und sie haben einen schweren Stand. Investoren, Stadtverwaltung, Bau- und Wasserstraßenamt, jeder hat mitzureden, nur der Baum nicht, weil er nicht sprechen kann. Viel wird über Baumpflege geredet, aber das Instrument der Wahl ist im Zweifelsfall immer die Säge. Was würden wir einem Arzt sagen, der uns so daherkommt?

Nur ein Beispiel: Im Frühjahr 2006 hat das Wasserstraßenamt entlang der Bollwerkstraße und ihrer Verlängerung am Kanalufer einen Großteil der Birken und Erlen fällen lassen – verrückterweise gerade die gesunden. Sicher, Birke und Erle treiben wieder aus, und Gewässerunterhaltung ist das Metier der Behörde. Aber haben wir nicht andere Probleme als ein bißchen auf dem Wasser schwimmendes Laub? Oder wollte man dem Biber zuvorkommen? Der wird sich, wenn die Kanalbäume fehlen, in die Gärten und Straßen vorwagen und dort sein Werk verrichten, weil er nun mal nicht anders kann.

Es gibt derartige Beispiele zuhauf, leider: Die Fällung offensichtlich gesunder Robinien in der Grabowstraße und eines etwa hundertjährigen Walnußbaums im Hinterhof der Walter-Rathenau-Straße 5 zugunsten von 24 PKW-Stellplätzen, von denen nun doch nur 8 gebaut werden. Der Baum ist hin, und die Anwohner haben ein Stück Lebensqualität verloren. Das sind nur zwei Fälle aus der ersten Februarhälfte.

Daß wir ein Kreishaus brauchen, soll hier nicht angezweifelt werden, und irgendwie war ja der Pavillonplatz nicht so richtig aussagekräftig als Aushängeschild der Stadt. Und jetzt? Angesichts des bedrohlichen, kantigen Betonklotzes, der dort entsteht, fühle ich mich an das unlängst abgerissene realsozialistische Seminargebäude der Karl-Marx Universität Leipzig erinnert, und es kommt mir vor, als hätten wir das alles schon mal gehabt. Das Platanen-Planquadrat auf dem Markt ist ein kümmerlicher Ersatz für die Linden und Robinien, die dem Kreishaus weichen mußten. Es fehlt dieser gefesselten und zurechtgestutzten Installation das Freie und Erhabene, die selbstsichere Ruhe, die aus alten Bäumen und Wäldern auf uns überströmt. Wenn der neue Marktplatz irgend etwas symbolisiert, dann das Gegenteil von Freiheit: Gezwungenheit, könnte man vielleicht sagen.

Im Februar 2007 wurde in der Galerie »Nocturne« eine Ausstellung mit Kunstwerken zum Thema »Der außergewöhnlichste Baum der Stadt Eberswalde« eröffnet, initiiert vom ALNUS e.V., der seinen Namen unserem typischen Moor- und Ufergehölz, der Erle, entlehnt hat. Präsentiert werden Fotografien, Zeichnungen und Gedichte rund um besonders schöne, alte oder charaktervolle Bäume in und um Eberswalde, darunter das mehrere Quadratmeter große Werk einer ersten Klasse, die sich eine Eiche zum Klassenbaum gewählt hat.



Von den 25 porträtierten Charakterbäumen sind in der Zeit von der Ausschreibung des Wettbewerbs im November 2006 bis zur Ausstellungseröffnung zwei der Säge zum Opfer gefallen, zwei weitere sind akut bedroht.

Bäume sind Zeigerpflanzen für den Zustand unserer Gesellschaft

Wenn das Kreishaus dann fertig ist, soll das noch nicht genug sein: Auch der schmale, baumbestandene Grünstreifen jenseits der Fachhochschule auf der Südseite der Friedrich-Ebert-Straße soll einem weiteren Neubau weichen, so sieht es der Bebauungsplan vor. Wozu eigentlich? Einer, der es wissen sollte, weil er sich beruflich mit Städte- und Landschaftsplanung beschäftigt, sagte mir, daß man sich vom Bau neuer Gewerberäume einen Zustrom von zahlungskräftigen Käufern aus der Großstadt erhofft. Aber glaubt jemand allen Ernstes, irgendein Berliner würde sich ins Auto setzen

und eine Stunde lang durch graue Vorstädte und märkisches Kieferngehölz zuckeln, nur um inmitten von baumarktähnlichen Einkaufspassagen Dinge zu kaufen, die er zu Hause schon immer hatte? Doch wohl nur, wenn Eberswalde etwas zu bieten hat, mit dem Berlin nicht dienen kann: die Ruhe, das Beschauliche und Überschaubare, das ist es, was der Großstädter bei uns sucht und weswegen er den Weg in die Heide auf sich nimmt, auch wenn er zum Einkaufen kommen sollte. Berliner mit Luxus-Einkaufsmeilen und weltstädtischem Flair beeindruckt zu wollen, halte ich für ein vermessenes Vorhaben; gelingen kann es auf jeden Fall nur, wenn darüber das Waldstädtische nicht verlorengelht.

Alter und Dauer sind Dinge, die es für Geld nicht gibt. Oder versuchen Sie mal, irgendwo eine hundertjährige Linde für den Eberswalder Marktplatz zu kaufen. Ist nicht zu haben. Jede Generation möchte sich verewigen, und es ist ein Bedürfnis des Menschen, seine Umwelt zu gestalten, das Alte zu verwerfen und Neues aufzubauen. Daß wir nie gekannte technische Mittel haben, dies zu tun, sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß uns etwas viel wichtigeres nicht in den Schoß fällt: der Plan, die Weisheit des Haushaltens und das Wissen um die Beschränktheit unserer Entwürfe. Das sind altbekannte grüne Thesen, aber sie sind nicht dadurch widerlegt, daß sich der öffentliche Diskurs (»Geiz ist immer noch geil«) in anderen Bahnen bewegt.

Die alte Eiche in der Hardenbergstraße, übrigens auch Thema einer der im Rahmen des ALNUS-Wettbewerbs entstandenen Arbeiten, steht noch, hat den letzten Sturm gut überstanden und erfreut sich guter Gesundheit. Aber schon hat die Untere Naturschutzbehörde (welche Verdrehung der Sprache!) einen Auftrag zum Kappen der Äste ausgeschrieben – an einem Naturdenkmal. Und sicherheits halber wurde auch ein Bauzaun drumherumgestellt, damit der Baum sich nicht heimlich davonmacht in eine bessere Welt.

Das Leben selbst ist eine Gefahr für Leib und Leben: am Ende ist es garantiert tödlich, für jeden. In Deutschland wählen aber jährlich mehr Menschen den Freitod als durch Unfälle ums Leben kommen. Vielleicht auch, weil sie nicht mehr genug vom Leben spüren ?

Im Umgang von Wirtschaft und Behörden (fühle sich angesprochen, wer Grund dazu hat) mit der Natur, im Beschneiden und Beseitigen alles Eigenwilligen, Abweichenden, vom Dasein gezeichneten oder auch nur Naturgemäßen spiegelt sich der Umgang mit uns selbst und den Möglichkeiten des Lebens wider. Was heißen soll: die Bäume sind (um noch einmal in die Fachsprache zu wechseln) Zeigerpflanzen für den Zustand unserer Gesellschaft.

Schnellstens praktikable Lösung finden

Nach dem Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 5. März zur Allee Rüdnitz-Danewitz ist es höchste Zeit, endlich den Ursprung der langwierigen Angelegenheit wieder in den Mittelpunkt zu stellen, nämlich das Ziel, die Fahrbahnverhältnisse auf dieser Kreisstraße zu verbessern. Dazu sollte schnellstmöglich eine praktikable Lösung gefunden werden. Vorschläge sind vorhanden, über Einzelheiten kann noch beraten werden. Die Kreisverwaltung muß unbedingt ihre »Alles-oder-Nichts«-

Position, die letztlich zu der Blockade führte, aufgeben. Nur so bestünde noch die Chance, die bewilligten Fördermittel verantwortungsbewußt einzusetzen.

Die Danewitzer Straße war bisher für den dort anfallenden Verkehr ausreichend. Mit den bei Baumerhalt möglichen Ausbauplanen können die Verkehrsbedingungen deutlich verbessert werden.

Prof. JOHANNES CREUTZIGER,
Fraktionsvorsitzender Grüne/Freie Wähler

Kopfnote: Mangelhaft

Nicht sachliche Argumente und fundierte Aussagen fachlich versierter Experten bestimmten am 28. Februar im Kreistag Barnim das Abstimmungsverhalten einiger Fraktionen zum Erhalt oder der Vernichtung der Allee Danewitz-Rüdnitz, sondern von Lobbyisten oktroyierte Auffassungen. Man sollte meinen, 15 Jahre nach dem »Erdgipfel« in Rio und in enger zeitlicher Nähe mit dem Klimagipfel in Brüssel, der optimistische Ansätze zur Vermeidung einer drohenden Klimakatastrophe in seinen Beschlüssen erkennen läßt, sind auch in unserer Region die Weichen auf ökologisches Umdenken gestellt. Weit gefehlt! In unserem Kreis trifft in vollem Maße das zu, was im »Jo`burg-Memo« der Heinrich-Böll-Stiftung schon 2002 festgestellt wurde: »Umwelt- und Entwicklungsthemen zu integrieren, um Entscheidungsträger aus dem Dilemma zu befreien, entweder durch die Entwicklungsförderung die Krise der Natur zu verschlimmern, oder umgekehrt durch Bestehen auf Umweltschutz die Gerechtigkeitskrise zu verschärfen«.

Obleich von vielen Seiten, nicht zuletzt durch den sehr sachlich und anschaulich ge-

haltenen Vortrag von Dr. Hunger, auf die Machbarkeit einer Straßensanierung unter Umgehung einer radikalen Fällung von mehr als 700 urwüchsigen Alleebäumen hingewiesen wurde, versuchten einige Abgeordnete in ihrer »Ungezogenheit« die von hohem ökologischem Bewußtsein getragenen Beiträge ins Lächerliche zu ziehen. Wie vom Vorsitzenden des Kreistages mehrfach versucht wurde, kritische Stimmen durch Falschinterpretation der Gemeinordnung zum Verstummen zu bringen, so verhielt sich dann auch die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten vor allem der SPD- und CDU- Fraktionen bei der Abstimmung. Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Wenn es um die Rettung von Wirtschaftsinteressen geht, bleibt die Ökologie auf der Strecke. Fragt man sich, wie verantworten sich diese Katastrophenpolitiker vor ihren Kindern und Enkeln ob solcher Uneinsichtigkeit. Bleibt zu erwarten, daß sich noch viel mehr unbequeme Nachfrager zu Wort melden, um der Bequemlichkeit zu Leibe zu rücken und die lebenswichtige Umwelt erhalten zu helfen.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Bockhardt soll sich an Gesetze halten

Pressemitteilung der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (AGU)

Das Engagement zur Rettung der Allee bei Rüdnitz und Danewitz findet bei der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (AGU) solidarische Unterstützung. Der Umgang mit Baumalleen ist im Land Brandenburg per Gesetz und Verordnung eindeutig geregelt. Im Zusammenhang mit der Rüdritzer Allee kann mittlerweile als sicher angenommen werden, daß die Kreisverwaltung ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat und dies nicht zugeben will. Nur deshalb mauserte sich das Alleinproblem zur Beschäftigungsmaßnahme für die Gerichte.

Es ist falsch, ein Zuständigkeitsproblem zwischen Kreis und Land zu konstruieren. Vielmehr wurden bei der Erarbeitung der Planungsunterlagen für die Sanierung der Kreisstraße grobe Fehler gemacht, die die untere Naturschutzbehörde hätte bemerken müssen.

Dazu gehört das fehlende Eingehen auf den Artenschutz ebenso wie die mangelnde Beach-

tung und der fehlende Ausgleich für die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes als Folge der geplanten Alleefällung. Zuguterletzt sollen auch noch EU-Fördermittel vermutlich zweckfremd eingesetzt werden.

Die AGU empfiehlt der Fraktion der Linkspartei.PDS im Kreistag Barnim, vom zuständigen Kreisdezernenten die Einhaltung der Gesetze einzufordern. Die Fraktion sollte desweiteren auf eine Änderung in der Struktur der Kreisverwaltung hinwirken. Um solche gravierenden Fehler, wie sie im Zuge der Diskussion um die Allee bei Rüdnitz und Danewitz offenbar wurden, künftig zu vermeiden, sollte die Zuordnung der unteren Naturschutzbehörde zur Bauverwaltung beendet werden. Die Naturschutzbehörde muß befähigt werden, gegenüber der Baubehörde selbstbewußt und unabhängig aufzutreten.

CHRISTIAN REHMER, Sprecher der AGU

Ein Wunder an Transparenz

Es geschehen noch Wunder: Da beantragt doch die SPD-Stadtfraktion für die StVV am 22.2.2007, die Geheimhaltungspflicht städtischer GmbHs einzuschränken. Ausgerechnet die SPD, die doch in der Vergangenheit in ultra-konservativer Haltung alles getan hat, um die von BKB/Freie Wähler bzw. der Allianz freier Wähler eingebrachten Beschlußvorlagen zur Transparenz kommunaler Unternehmen zu Fall zu bringen. Sie gehörte zu jenen, die auf der von uns zu diesem Thema eingeforderten Sonder-StVV am 8.3.2005 unsere fünf Vorlagen – Transparenz in kommunalen Unternehmen, Überprüfung der Gesellschaftsverträge, Offenlegung der Preise und Kalkulationen, Offenlegung der Aufwandsentschädigungen, Rechenschaftslegung der Aufsichtsräte – nicht bereit waren zu diskutieren. Unsere Vorlagen wurden auch mit den SPD-Stimmen abgelehnt. Auch die Neuvorlage unserer Transparenzforderung in überarbeiteter und gekürzter Form als Beschlußvorlage »Einschränkung der Geheimhaltungspflicht bei Entscheidungen der städtischen Gesellschaften« für die StVV am 21.9.2006 wurde von der SPD abgelehnt. Nun sind durch die von der SPD mitgetragene Verschleppungs- und Verhinderungspolitik schon fast zwei Jahre vergangen, ohne daß eine umfassende dringend notwendige Transparenz in kommunalen Unternehmen Einzug gehalten hätte, wenn man von den schüchternen Anfängen in Gestalt öffentlicher Teile der Gesellschafterversammlung bei WHG und TWE einmal absieht.

Nun aber reicht die SPD-Stadtfraktion ihren Beschlußantrag ein, der weitgehend unsere Forderungen vom 21.9.2006 aufgreift. Natürlich freuen wir uns über jeden bislang Blinden, der anfängt sehend zu werden. Doch darf der Sinneswandel bei der SPD hinterfragt werden. Es ist eins jener Parteienspielen, den Beschlußvorschlag einer anderen politischen Gruppierung abzulehnen, um dann selbst damit zu glänzen. Auch könnte die herbe Niederlage bei der Bürgermeisterwahl Anlaß sein. Da gilt es auf bürgerfreundliche Themen aufzusatzeln, um wieder Ansehen zu gewinnen. Zumindest so zu tun. Denn analysiert man die SPD-Vorlage genauer, entdeckt man die Haken.

Da wird wieder einmal auf Verzögerung gesetzt. Statt daß die StVV das selbst entscheiden könne, ob es in Aufsichtsratssitzungen einen öffentlichen Teil geben soll, wird der Umweg über die Kommunalaufsicht des Kreises empfohlen, die das erst mal prüfen möge. Auch treten die SPD-typischen Gedanken von »teile und herrsche« sowie der Gutsherrenmanier zutage. Da sollen doch allen Ernstes nur der Geschäftsführer und der Vorsitzende des Aufsichtsrates über die Öffentlichkeit einer Problematik entscheiden. Die anderen Mitglieder sollen offenbar wie zweite Klasse behandelt werden.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Oberstufenzentrum bleibt

Eberswalde (bbp). Bereits im November gab es seitens des zuständigen Kreisdezernenten Dr. Jörg Mocek erste Informationen, wonach der Kreis eine Fortführung der gymnasialen Oberstufe des Oberstufenzentrums im Brandenburgischen Viertel über das Jahr 2008 hinaus plant. Es hätten sich mehr Jugendliche für eine Ausbildung mit Fachabitur entschieden, als angenommen wurde. Ursprünglich war keine Verlängerung des 2008 auslaufenden Vertrages vorgesehen. Die Abiturausbildung sollte in den Standort im Leibnizviertel integriert werden.

Nach den Plänen der Stadt sollte das frei werdende Schulgebäude im Brandenburgischen Viertel, das durch den Kreis mit viel Aufwand saniert worden war, künftig durch die Schwärzensee-Grundschule genutzt werden. In dem unsanierten Gebäude der Grundschule wurden dementsprechend seit Jahren nur noch die notwendigsten Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Noch im Januar bekräftigte der städtische Beigeordnete Lutz Landmann die Absicht, den Mietvertrag nicht zu verlängern, da sich der Landkreis wenig kompromißbereit zeige und auch nichts über die Zeitdauer der weiteren Nutzung sagen könne.

Inzwischen hat sich die Position der Stadtverwaltung geändert. Im Kita- und Schulausschuß am 28. Februar informierte Landmann, daß das Oberstufenzentrum bleiben werde. Gegenstand der Verhandlungen sind nur noch die Vertragsbedingungen. Bisher habe der Landkreis einen sehr »großzügigen« Vertrag gehabt. Künftig sollen die Interessen der Stadt stärkere Berücksichtigung finden. In der Stadtverwaltung gebe es jetzt ernsthafte Überlegungen über die Weiternutzung der Grundschule. Die notwendigen Sanierungsarbeiten könnten nun nicht noch länger hinausgeschoben werden. Erschwert werden die Planungen der Stadt durch die immer noch nicht erfolgte Aussage des Landkreises, wie lange das Oberstufenzentrum das Gebäude noch braucht.

Schulsozialarbeit

Eberswalde (bbp). Nachdem die Eberswalder Stadtverordneten in ihrer Januarsitzung auf Vorschlag der Fraktion der Linkspartei.PDS die Finanzierung der Schulsozialarbeiterstelle an der Schwärzensee-Grundschule im Brandenburgischen Viertel für das laufende Jahr sichergestellt hatten (vgl. BBP 2/2007), forderte der SPD-Stadtverordnete Rainer Kriewald auf der Sitzung des Eberswalder Kita- und Schulausschusses am 28. Februar die Stadtverwaltung auf, ab 2008 eine feste Haushaltsstelle für die Schulsozialarbeit im Brandenburgischen Viertel einzurichten. Während der zuständige Fachdienstleiter Michael Nehls lediglich darauf verwies, daß für das laufende Jahr eine Lösung gefunden worden sei, machte der 1. Beigeordnete Lutz Landmann klar, daß die Stadtverwaltung für eine dauerhafte Sicherung der Schulsozialarbeit eintrete.

Vom Kindergarten zum Verkehrsgarten



Eberswalde (prest-ew/bbp). Unter den eingegangenen Ideen und Wünschen von Bürgerinnen und Bürgern zur lebenswerten Gestaltung ihres Umfeldes im Brandenburgischen Viertel, wurde mehrfach der Wunsch nach einem Verkehrsgarten laut. Jetzt, nachdem die Kita »Spatzennest« geschlossen wurde, kann dieser Wunsch erfüllt werden.

Finanziert wird der Verkehrsgarten aus dem Programm »Soziale Stadt«. Bund, Land und

Stadt teilen sich die Finanzierung. Partner und künftiger Träger des Verkehrsgartens ist die Verkehrswacht. Gemeinsam wurde ein Konzept entwickelt. Der erste Spatenstich erfolgte am 8. März durch Bürgermeister Friedhelm Boginski. Auf einer Fläche von 70 mal 40 Metern soll die wirklichkeitstreuere Nachgestaltung des Straßenverkehrs die Gefahren bewußt werden lassen und einen Beitrag zur aktiven Verkehrserziehung leisten.

Auf dem Spielplatz der 2006 geschlossenen Kita »Spatzennest« entsteht im Frühjahr 2007 mit Fördermitteln ein Verkehrsgarten. Nach Kita- und Schulschließung müssen die Kinder des Viertels künftig einen Großteil ihrer Zeit in anderen Stadtteilen verbringen. Mit dem Verkehrsgarten soll nun das Brandenburgische Viertel attraktiver auch für Kinder und Jugendliche anderer Stadtteile werden.

Erster Beigeordneter Lutz Landmann:

»Legen einer freien Schule keine Steine in den Weg«

Finow (bbp). Voraussichtlich ab dem Schuljahr 2008/2009 gibt es im Eberswalder Postleitzahlbereich 16227 keine weiterführenden Oberschulen mehr. Davon ausgehend nutzte der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller die Sitzung des städtischen Ausschusses für Kitas und Schulen, die am 28. Februar in der Grundschule Finow stattfand, für die Frage, ob Anträge zur Errichtung von privaten Schulen bekannt seien und wie die Stadtverwaltung darauf reagieren würde. Albrecht Triller verwies darauf, daß derzeit im Land Brandenburg 47 solche Anträge gestellt seien. Er fragte den anwesenden 1. Beigeordneten Lutz Landmann, worin er die Ursache für diesen Privatschulboom sehe. »Stimmen Sie mir zu, daß dies Ausdruck der Unzufriedenheit der Eltern mit den gegenwärtigen Strukturen und Inhalten der staatlichen Schulen ist?«

Landmann verwies zunächst auf die weiterhin existierenden weiterführenden Schulen in

Finow, dem Gymnasium Finow und der gymnasialen Oberstufe des Oberstufenzentrums im Brandenburgischen Viertel. Anträge auf neue Privatschulen in Eberswalde seien in der Stadtverwaltung nicht bekannt. Bisher hätten sich freie Schulträger frühzeitig mit ihrem Anliegen an die Stadtverwaltung gewendet und Unterstützung erbeten. Daher geht Landmann davon aus, daß es keine solchen Schulinitiativen gebe. »Wir würden aber«, sagte er, »solchen Initiativen auch nicht mit Gewalt Steine in den Weg legen. Aber die Stadt ist für die Genehmigung solcher Schulen ohnehin nicht zuständig.« Eine möglichst große Schulvielfalt werde jedenfalls positiv gesehen. Zudem sei keine »riesengroße« Privatschule zu erwarten, die die Existenz der kreislichen Oberschulen in Frage stellen könnte. Auf die Frage zur Unzufriedenheit der Eltern könne Landmann nicht antworten. »Schließlich stecke ich nicht in den Köpfen der Eltern drin.«

Noch keine Antwort zur Schwangerschaftsberatung

Eberswalde (bbp). In der StVV am 25. Januar hatte Karl Diedrich vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde auf die Schließung der Schwangerenberatungsstelle der AWO zum Jahresende 2006 aufmerksam gemacht. Weil er noch keine Antwort erhalten hatte, schrieb er vier Wochen später einen Brief an den Bürgermeister. Der persönliche Standpunkt, den der AWO-Geschäftsführer noch

auf der Versammlung geäußert hatte sei nicht nur ungehörig in der Beantwortung, sondern auch dem Fragesteller gegenüber gewesen. Diedrich hofft auf einen neuen Arbeitsstil in der StVV, auch um die im Jahr 2006 angestauten Spannungen zwischen dem Bürgermeister und dem Bündnis abzubauen. Vor allem aber gehe es darum, die Schwangerenberatung in Eberswalde auch künftig zu gewährleisten.

Sozialticket bleibt Forderung

Da der Landkreis Träger des ÖPNV und damit auch für die Finanzierung des ÖPNV verantwortlich ist, wendet sich Eberswalder Montagsdemo an Sie mit der Bitte, sich für die Wiedereinrichtung eines Sozialtickets einzusetzen.

Das vom 1.7.1998 bis zum 28.2.2006 gewährte Sozialticket für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wurde ab 1.3.2006 gestrichen. Der Landkreis machte dafür fehlende Finanzen verantwortlich. Nach Berechnungen von Eberswalder Montagsdemo ging es dabei um 35.000 Euro, die das Sozialticket für Eberswalder Bürger im Jahr kostete. Diese Summe gibt der Landkreis in diesem Jahr für ein Gutachten (Benchmarking-Test) mit zweifelhaftem Wert aus (siehe MOZ vom 3./4.3.2007 – Gutachten zur Busgesellschaft).

Nach der Streichung des Sozialtickets im März 2006 folgte dann im Juli 2006 eine Erhöhung der Buspreise um ca. 10 %. Nun be-

richtet die Presse über eine weitere Steigerung der Buspreise wiederum um ca. 10 % ab 1.4.2007. Der Einzelfahrschein, der bis zum 30.6.2006 1,00 Euro kostete, ist jetzt erst für 1,20 Euro zu haben. Frühere Sozialticketempfänger zahlen heute für das Monatsticket 14,5 Euro mehr. Sie wissen auch, daß die Leistungen für Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger sich nicht erhöht haben, aber viele Preiserhöhungen die Kaufkraft dieses Personenkreises deutlich geschmälert haben – Mehrwertsteuererhöhung, steigende Energiepreise, höhere Wasserteile, Inflationsrate usw.

Immer mehr Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger müssen auf öffentliche Verkehrsmittel verzichten oder sich die Busbenutzung vom Munde absparen. Letztlich ist der Entzug der Mobilität auch eine Einschränkung der persönlichen Freiheit. Wenn eine zu 100 % im kommunalen Besitz befindliche Busgesellschaft dafür keine sozialverträgliche Lösung parat hat, muß der Landkreis nach einem Ausgleich suchen.

Wir bitten Sie deshalb, alle Ihre Möglichkeiten zu nutzen, um eine Lösung in Form eines differenzierten Bustarifes – am Besten durch ein Sozialticket – herbeizuführen.

FRANK TÖPFER und UTE FREY,
Eberswalder Montagsdemo

Der Brief an Landrat Bodo Ihrke wurde auf der 94. Montagsdemo am 5. März verlesen und von den Demonstranten verabschiedet. Einen gleichlautenden Brief richtete die Montagsdemo auch an den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski.



Verbraucherzentrale vor dem Ruin?

Einwohnerfrage auf der Stadtverordnetenversammlung am 22. Februar

Wer kennt sie nicht – die Verbraucherzentrale Eberswalde in der Rathauspassage. Ob Fragen zum Mietrecht, zu Betriebskosten, zu Energiekosten, zum Reiserecht oder auch zu Hartz IV – die Verbraucherzentrale mit Herrn Gräfe und seinen Mitarbeitern ist jederzeit eine gute Adresse.

Jetzt muß die Verbraucherzentrale für sich selber tätig werden, denn sie hat von der Stadt einen Mietvertrag erhalten. Bisher gab es eine mündliche Zusage, daß die Verbraucherzentrale ab dem Jahre 2000 in der Bibliothek kostenfrei arbeiten kann. Zuvor hatte sie ein Büro in der Friedrich-Engels-Straße, für das der Landkreis und die Stadt je ein Drittel der Kosten trugen. Diese Zuschüsse sind mit dem Umzug in die Bibliothek weggefallen.

Daß die Verbraucherzentrale mietfrei in der Bibliothek untergebracht ist, wurde vom Rechnungsprüfungsamt beanstandet. Sicher ist es richtig, daß für einen genutzten Raum Kosten berechnet werden. Aber mit fast 19.000 Euro im Jahr für zweieinhalb Tage Nutzung pro Woche kann die Verbraucherzentrale nicht leben. Weil die Verbraucherzentrale keine nennens-

werten eigenen Einnahmen hat, wäre dies das Ende der Verbraucherzentrale. Wollen Sie das?

Die Verbraucherzentrale ist unverzichtbar für alle diejenigen, die sich allein keinen Rat wissen und sich keinen Anwalt leisten können. Es ist eine Einrichtung, die die Schwachen vor den ungerechtfertigten Forderungen der Stärkeren oder gar vor Betrügnern schützen helfen kann. Die Verbraucherzentrale muß bleiben, auch in Eberswalde.

Sehr geehrter Herr Boginski, lassen Sie bitte nicht zu, daß die Verbraucherzentrale ökonomisch kaputt gemacht wird. Lassen Sie die Verbraucherzentrale nicht für den überbewerteten Pachtvertrag der Bibliothek bluten. Sorgen Sie bitte dafür, daß eine Mietforderung auf der einen Seite mit einem entsprechenden Zuschuß auf der anderen Seite verbunden wird. Holen Sie sich dafür, wie vor dem Jahre 2000, den Landkreis wieder mit ins Boot.

Bedenken Sie bitte, daß die Verbraucherzentrale gerade am jetzigen Standort auch Synergieeffekte für die Bibliothek und die Rathauspassage bringt.

UTE FREY

93. Montagsdemo am 19.2.

Die Beschlußfassung über die Gesundheitsreform war Gegenstand der 93. Montagsdemo in Eberswalde. Zu diesem Thema sprach Frank Töpfer. Er schilderte den Zustand des Gesundheitswesens anhand persönlicher Erfahrungen und zeigte auf, daß sich dieser Zustand durch die Gesundheitsreform weiter verschlechtern wird. Die von Hartz IV Betroffenen wären im besonderen die Opfer der Gesundheitsreform, wie insgesamt das geflügelte Wort gelte, »weil du arm bist, mußt du früher sterben«.

Zur Montagsdemo am Rosenmontag waren auch »Kurt Beck« und »Ulla Schmidt« als Maskengestalten erschienen und mußten den Frust der Demonstranten über sich ergehen lassen.

Am offenen Mikro äußerten sich Reiner Holz, Manuela Richter und Ute Frey.

95. Montagsdemo am 5.3.

Vor einem Jahr wurde durch den Landkreis das Sozialticket für den ÖPNV gestrichen. Intensive Proteste der von Eberswalder Montagsdemo hatten daran nichts ändern können. Im Juli 2006 folgte dann noch eine Preiserhöhung der Barnimer Busgesellschaft. Ab 1. April diesen Jahres gilt eine weitere Preiserhöhung von teilweise 10 %. Das 1998 eingeführte Sozialticket kostete 15 DM. Es würde heute fast doppelt soviel kosten, nämlich 50 % des Monatstickets von 28 Euro = 14 Euro. Dagegen richtete sich der Protest der Eberswalder Montagsdemo am 5. März. Die Teilnehmer forderten die Wiedereinführung des Sozialtickets. Das Sozialticket war angeblich aus Kostengründen nicht mehr tragbar. Dabei belief sich der Aufwand für das Sozialticket in Eberswalde auf ca. 35.000 Euro. Für dieselbe Summe beauftragt der Landkreis jetzt ein überflüssiges Gutachten zum Leistungsvergleich (Benchmarking-Test).

Die Eberswalder Montagsdemo erinnerte Bürgermeister Boginski an die Forderung von Eberswalder Montagsdemo im Wahlkampf, ein Eberswalder Sozialticket einzuführen. Auf Spruchtafeln war zu lesen: »Freiheit braucht Mobilität«, »Wir fordern ein Sozialticket oder jährlich zwei Paar Schuhe«, »Buspreise seit 1998 verdoppelt«.

Die Demonstranten verabschiedeten einen Brief an den Landrat und an den Eberswalder Bürgermeister mit der Forderung, wieder ein Sozialticket einzuführen. (em)

Leistungsentgelt

Eberswalde (prest-ew). Seit Februar bereitet eine Projektgruppe im Rathaus die Einführung von Leistungsentgelten vor. Zwischen der Dienststellenleitung und der Personalvertretung wird dazu eine Vereinbarung abgeschlossen, deren Ziel der Einstieg in eine leistungsorientierte Bezahlung der Beschäftigten ist.

Hornberger Schießen

Gibt es in Eberswalde einen Neuanfang? Alle Eberswalde wünschen es und es gibt hoffnungsvolle Ansätze. Bürgermeister Boginski hat einen neuen Politikstil versprochen, der auch schon zu erkennen ist. Aber ob mit dem neuen Stil auch neue Inhalte der Politik Einzug halten werden, wird sich erst später zeigen.

Transparenz in allen kommunalen Angelegenheiten gehört ebenfalls zu den Zielen des neuen Bürgermeisters. Zum Thema »Transparenz in kommunalen Unternehmen« hatte die Fraktion Allianz freier Wähler schon vor zwei Jahren eine Vorlage in die StVV eingebracht, dafür aber keine Mehrheit gefunden. Am 30.11.06 wurde ein erneuter Vorstoß kommentarlos abgeschmettert. Die Vorlage beinhaltete die Einschränkung der Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder und die Vorabinformation über die Tagesordnung der Aufsichtsratsitzungen an die Presse. Am 22.02.07 war nun die SPD Einbringer einer Vorlage zu gleichen Thema, die neben den genannten Punkten noch die Teilung der Aufsichtsratsitzungen in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil zum Inhalt hatte, allerdings mit der Maßgabe, die Zulässigkeit durch die Kommunalaufsicht prüfen zu lassen.

Obgleich die SPD-Fraktion nun der Fraktion Allianz Freie Wähler den Rang ablaufen wollte, war diese willens, der Vorlage zuzustimmen, unternahm aber doch den Versuch, noch Änderungen zu erreichen. Damit konnte sie aber bei Herrn Kikow nicht landen. Aber auch die Fraktion Grüne/BFB wollte erst eine Prüfung durch die Kommunalaufsicht haben, ebenso wie der PDS-Fraktionsvorsitzende Sachse. Bürgermeister Boginski plädierte ebenfalls für eine vorherige Prüfung durch die Kommunalaufsicht, ob eine Teilung von Aufsichtsratsitzungen in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil zulässig wäre.

Statt also einen Beschluß in der Sache (Einschränkung der Geheimhaltungspflicht) zu fassen, beschloß die StVV, nun zunächst einmal die Kommunalaufsicht zu befragen. Erst danach kann wieder über das Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen gesprochen und beschlossen werden. Dabei gibt es zur zulässigen Einschränkung der Geheimhaltungspflicht in kommunalen Unternehmen bereits ein Oberverwaltungsgerichtsurteil – allerdings in Bayern – aber, wo leben wir denn, wir leben doch in Brandenburg! Man könnte auch sagen, wir leben in Preußen, und dahin kommt der Fortschritt bekanntlich 100 Jahre später! Sehr wahrscheinlich ist es aber einfach so, daß kaum einer das Münchener Urteil gelesen hat oder das Interesse an der Transparenz nur geheuchelt ist.

ALBRECHT TRILLER

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 03334/356542 (nach 18 Uhr)

Fax: 01805/7511112596 · eMail: bbp@telta.de

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde:

Wirtschaftsförderung beim Bürgermeister

Eberswalde (bbp). In einer auf der StVV-Sitzung am 25. Januar verlesenen Erklärung begrüßt das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« die Absicht des Bürgermeisters, Herrn Boginski, die Wirtschaftsförderung wieder ins Rathaus zu holen. Ein Amt für Wirtschaftsförderung innerhalb der Stadtverwaltung ermögliche eine unmittelbarere Einflußnahme durch den Bürgermeister und werde erforderliche Entscheidungen beschleunigen. »Die Wirtschaftsförderung rückt damit wieder stärker in den Blick der Stadtverordneten und der Öffentlichkeit. Die Wirtschaftsförderung in einer Wirtschaftsförderergesellschaft (WFGE) als Tochter einer Tochtergesellschaft der Stadt (TWE) zu betreiben, geht wesentlich zu Lasten der Transparenz. Die Wirt-

schaftsförderergesellschaft WFGE sollte aufgelöst werden.«

Nachdem bereits der Kulturbetrieb in die Stadtverwaltung zurückgeholt wurde, würde mit der Auflösung der WFGE der nach Auffassung des Bündnisses richtige Weg der Minimierung der Ausgründungen kommunaler Aufgaben fortgesetzt. »Wir halten dies auch für eine notwendige Konsequenz aus der Verkleinerung der Stadt durch den Bevölkerungsrückgang.« Das Bündnis mahnt in diesem Zusammenhang an, auch in den verbleibenden kommunalen Unternehmen für mehr Transparenz zu sorgen und die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsräte und Gesellschaftervertreter einzuschränken.

Schulstandorte langfristig sichern

Der Kreistag soll die Kommunen Biesenthal, Panketal, Bernau und Wandlitz auffordern, mit Beginn des Schuljahres 2008/2009 ihre Grund- und Oberschulen zu Oberschulen mit integriertem Grundschulteil zu gestalten. Einen entsprechenden Antrag stellte die PDS-Fraktion im Rahmen der Diskussion um den Schulentwicklungsplan 2007-2012 auf der Sitzung des Kreistages am 21. Februar.

Im Beschlußantrag werden Grund- und Oberschulen in Basdorf, Bernau, Biesenthal, Klosterfelde, Schwanebeck und Zepernick genannt. Die Kommunen sollen in die neu zu bildenden Schulen Horte und fakultative Schülertätigkeiten so einplanen, daß eine Ganztagsbetreuung zu Beginn des Schuljahres 2008/2009 gesichert ist. Die Kreisverwaltung soll in diesem Zusammenhang bis März 2008 einen finanziell realisierbaren Schulbusplan vorlegen, der die Heimfahrt der Schüler nach 15 Uhr garantiert.

Außerdem, so der PDS-Antrag, sollen Biesenthal und Wandlitz zum Schuljahr 2008/2009 die Schulbezirke so ändern, daß der Fortbestand von Grund- und Oberschule in Biesenthal gesichert wird. Werneuchen und Ahrensfelde haben gemeinsam mit dem Schul-

amt für den Fortbestand der Europaschule Werneuchen zu sorgen. Ahrensfelde, Bernau und Werneuchen werden aufgefordert, durch Änderung der Schulbezirke zum Schuljahr 2008/2009 den Bestand der Grundschule Blumberg zu sichern. Mit dem gleichen Ziel soll der Landkreis zum Schuljahr 2007/2008 beim Bildungsministerium für die Grundschule Blumberg die Einzügigkeit beantragen. All diese Vorhaben soll der Landkreis durch Absicherung des Schulbusverkehrs aktiv unterstützen.

Auch in Eberswalde will die PDS eine Sicherung von Schulstandorten erreichen. So beantragte die Fraktion, den Kreis Barnim und die Stadt Eberswalde zur Verständigung über einen Vertrag zur Fusion der Schwärzensee-Grundschule mit der Albert-Einstein-Oberschule aufzufordern. Außerdem soll die neu entstehende Oberschule mit integrierter Grundschule in Westend Ganztagschule werden und in jeder Klassenstufe eine Förderklasse »Hören« eingerichtet werden.

MARGITTA MÄCHTIG, Fraktionsvorsitzende der PDS im Kreistag Barnim

Die Beschlußvorlage der PDS wurde vom Kreistag am 21. Februar zur Weiterberatung in den Bildungsausschuß verwiesen.

Klage gegen Kreis wird noch geprüft

Eberswalde (bbp). Seit 1. Januar vollzieht der Landkreis Barnim die Aufgaben der Kinderbetreuung in eigener Regie, obwohl die meisten Gemeinden dies nicht wollte. Der Landrat weigerte sich, den für diesen Fall im Kitagesetz vorgeschriebenen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit den Gemeinden abzuschließen. Die Gemeinden Panketal und Wandlitz kündigten an, ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung auf dem Klageweg einzufordern. Für die Stadt Eberswalde erklärte der zuständige Dezernent Lutz Landmann Anfang Januar, daß die Möglichkeit eines juristischen Vorgehens gegen die

Weigerung des Kreises, einen neuen Vertrag abzuschließen, geprüft werde (BBP 2/2007). Am 28. Februar informierte Landmann den Ausschuß für Kita und Schule, daß die Prüfung noch 6 bis 8 Wochen in Anspruch nehmen werde. Neben der Mißachtung der gesetzlichen Rechte der Gemeinden und einer eventuellen Nachforderung von zu wenig gezahlten Zuschüssen, geht es bei der Prüfung insbesondere um die Erhöhung der Kreisumlage, die mit der Übernahme der Kinderbetreuung begründet wurde. Die Stadtverwaltung hält diese Begründung zur Kreisumlageerhöhung für unzulässig.

Erörterungstermin für Einwendungen

Der Erörterungstermin über die Einwendungen gegen die von der Firma Theo Steil geplante Sondermüllverbrennungsanlage in Eberswalde beginnt am 27.3. um 10 Uhr im Haus »Schwärzetal«. Aufgrund der großen Anzahl an Einwendungen und Forderungen wird das Landesumweltamt Frankfurt/O. (LUA) den anberaumten öffentlichen Erörterungstermin wahrscheinlich auf eine ganze Woche (bis zum 2.4.) ausdehnen. Vertreter der Firma Theo Steil werden dabei Rede und Antwort stehen.

Zu dieser Veranstaltung sind alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Rederecht zu sachbezogenen Themen werden aber nur diejenigen erhalten, die Einzeleinwendungen eingereicht oder auf den Sammeleinwendungen unterschrieben haben. Zum genauen Ablauf eines solchen Erörterungstermins in einem immissionschutzrechtlichen Verfahren sowie über die Rechte und Pflichten der Beteiligten informiert Rechtsanwalt Philipp Heinz auf der Homepage der Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt – Schorfheide e.V.

In den vergangenen Wochen hat die Bürgerbeteiligung gegen die geplante Sondermüllverbrennungsanlage in der Bevölkerung eine große Resonanz gefunden. Bislang sind über 2.500 Einwendungen erfaßt worden, die bei der Stadtverwaltung Eberswalde, der Gemeindeverwaltung Schorfheide und im LUA Frankfurt/O. abgegeben wurden.

Im Namen der Bürgerinitiative bedanke ich mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern herzlich, die uns bislang mit ihren Aktivitäten und Spenden unterstützt haben. Gleichzeitig möchte ich an dieser Stelle auch um neue Mitglieder werben.

Dr. ANDREAS STEINER, Vorstandsmitglied der BI für eine gesunde Umwelt – Schorfheide e.V.

Spendenkonto für eine gesunde Umwelt

Bankverbindung: Sparkasse Barnim
Konto-Nr. 300 003 2443, BLZ 170 520 00
Verwendungszweck: Bürgerinitiative
Die BI im Internet: www.mva-eberswalde.de

Altdeutsche Traditionsbäckerei

Ausgang des Treffens mit Frauen aus Ausiedlerfamilien zur Traditionsbäcker im Gemeindezentrum im Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Brandenburgischen Viertel war die Festveranstaltung am 6. Oktober 2006 anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Begegnungsstätte »Kontakt«. Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde gratulierte mit einem Gutschein zum gemeinsamen Erleben von Geschichte beim Backen traditioneller deutscher Kuchen und Kleingebäcke.

Am 9. Februar 2007 war es soweit. Hartwin Schulz, der für das Bündnis als Bürgermeister kandidierte, begrüßte die Teilnehmerinnen mit dem Kinderlied »Backe, Backe Kuchen ...«. Zu Beginn gab es eine Einführung in die Geschichte des Backens von der freien Feuerstelle vor 6000 Jahren und dem Backen in der Feuergrube mittels Feldsteinen bis zum ersten Brot, dem Becherbrot. Von den ersten Grubenbacköfen ging die Entwicklung zu den regional unterschiedlichen Backöfen aus Lehm und Feldsteinen über. In den Jahrhunderten änderte sich deren Grundaufbau nur wenig. In jedem Falle gleich geblieben sind die Freude der Menschen am Erlebnis Backofen und dem Genuß von frischem Brot, schmackhaften Backwaren und saftigem Kuchen. Anschaulich wurden auch die von den Feldsteinbacköfen ausgehenden Gefahren für Mensch und Gut aufgezeigt. So manches Dorf, so manche Stadt wurde damals von Feuerbrünsten heimgesucht, die oft von solchen Öfen ihren Ausgang nahmen.

Nachdem alle durch diese Schilderungen zur Vorsicht aufgerufen waren, ging es an das praktische Backen. Ziel war es, die Herstellung von Blechkuchen, Pfannkuchen, Schürtzkuchen und Spritzkuchen mit vorhandenem Können

zu vergleichen. Nur so könne man Neues erlernen, meinten die wißbegierigen Frauen und Kinder einhellig. Erfahrungen zu den Rezepturen wurden ausgetauscht und Hinweise zur Verarbeitung gegeben. Wir stellten fest, tief in den Weiten Rußlands war der Begriff »Krabbelchen« so bekannt, wie in einigen Regionen des deutschsprachigen Raumes in Mitteleuropa. Die Urahnen unserer neuen Mitbürger hatten diesen Begriff ins ferne Rußland – in ihre neue Heimat – mitgenommen.

Alle waren sehr beschäftigt: mit dem Abwiegen der Rezepturen, dem Aufarbeiten der Teige, der Kontrolle der Gare, mit der Arbeit am Ofen und am Ölbad. Begeisterung bereitete die Vorbereitung und Herstellung der Eberswalder Spritzkuchen. Sie waren wunderbar. Dann wurden große Zöpfe geflochten, Kleingebäcke erstellt, Schildkröten, Vögel, Schlangen und Tänzerinnen aus Omas Backstube vorgestellt.

So war die Zeit im nu vergangen. Im Ofen befanden sich nur noch die russischen süßen Kuchen. Schon zog ein starker Kaffeeeruch durch den Raum. Die schönen Kuchen aus der eigenen Produktion mundeten allen. Es kam zu Gesprächen, Verabredungen und Einsichten. Hartwin Schulz sagte zum Ende: Es hat uns gefreut, Sie heute mit unseren Traditionen vertraut gemacht zu haben. Wir haben mit dem alten deutschen Kinderlied »Backe, Backe Kuchen ...« begonnen. Lassen Sie uns mit dem Kinderlied »Weihnachtsbäckerei« zum Schluß kommen. Sehen wir in dem Lied den Auftrag, im Jahr 2007 weiter füreinander Verantwortung zu tragen.

Unser Geschenk ist angekommen. Nochmals herzlichen Glückwunsch.

KARL DIEDRICH, Ing.-Bäckermeister

»Wir fallen nie ohne Grund«

Eberswalde (bbp). Die Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 30. Januar nutzte Martin Hoeck aus dem Brandenburgischen Viertel, um sich nach dem Grund der Fällung mehrerer Pappeln an der Frankfurter Allee zu erkundigen. Die zuständige Fachdienstleiterin Katrin Heidenfelder stellte zunächst fest, daß »nie Bäume ohne Grund gefällt werden«. Im Brandenburgischen Viertel hätten Pappeln wegen Wurzelschäden und Pilzbefall gefällt werden müssen. Von einer dafür eingesetzten Mitarbeiterin der Stadtverwaltung würden regelmäßig Baumkontrollen durchgeführt. Welche Methoden dabei angewandt werden, wurde nicht gesagt. Unklar ist, ob tatsächlich alle 13 Pappeln dieser vollständig gefällten Allee am Zugang zum Altenheim der AWO geschädigt waren. Noch rätselhafter ist, wieso auch die beiden Jungbäume der Allee mit einem Stammdurchmesser von 10 bis 15 cm der Säge zum Opfer fielen. Ebenso unklar ist, ob und welche Ersatzmaßnahmen vorgesehen sind. Auf Nachfrage versprach Baudezernent Dr. Günter Prüger, dem nachzugehen.

Zur Anfrage von Otto Baaz aus Finow, der in der Fritz-Weineck-Straße/Ecke Schönholzer Straße Baumfällungen bemerkt hatte, wurde erklärt, daß die Flächen nicht im Eigentum der Stadt seien. Der Eigentümer – nach Recherchen der BBB handelt es sich um die städtische Wohnungsgesellschaft – habe die Bäume fällen müssen, »weil sie die Bausubstanz schädigten«.

Arbeitsgruppe Linke Barnim

Am 16.2.2007 tagte die Arbeitsgruppe erneut. Es wurden die zwei Varianten der Kurzfassung der Programmatischen Eckpunkte (4. Fassung) diskutiert, die von Dr. Helmut Steinbach vorgelegt wurden. Diese 4. Fassung war von den Bundesvorständen beider Parteien am 10. Dezember 2006 als Entwurf verabschiedet worden, zusammen mit den Entwürfen der überarbeiteten Bundessatzung, der Bundesfinanzordnung und der Schiedsordnung der Partei DIE LINKE.

Die große Arbeitsleistung und Sorgfalt von Helmut Steinbach wurden gewürdigt. Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, die vierseitige Variante dem Redaktionskollegium der »Offenen Worte« für die Märzausgabe anzubieten und dazu noch wertende Einschätzungen von H. Steinbach in der Zeitung unterzubringen.

Die achtseitige Variante sollte ins Internet gestellt werden einschließlich der Wertungen. Dem Kreisvorstand wird empfohlen, die achtseitige Variante auf der Gesamtmitgliederversammlung am 17. März 2007 auszulegen.

Die nächste Beratung der Arbeitsgruppe findet am 23.3.2007 um 18 Uhr in Biesenthal statt. Diskutiert werden soll der Artikel von Gregor Gysi im ND vom 3./4. Februar 2007 sowie die Antwort der zwei Genossen vom darauffolgenden Wochenende.

Dr. HEINZ SCHÄFER, Barnim

Herr K aus Schorfheide (4)

Täuschungsversuche scheinen in Landesregierung und Landesparlament zum täglichen Handwerkszeug zu gehören. Ein weiteres Beispiel für den Petitionsausschuß ist die Ausweisung und Aufzählung von Abfuhrgebühren deutschlandweit als Ergebnis angeblich eigener Recherchetätigkeit. Hier handelt es sich lediglich um die Übernahme bekannter Zahlen aus dem MLUV, wobei deutlich geringere Gebühren als z.B. im Land Brandenburg, die es auch gibt, mit Fleiß verschwiegen werden.

Der Versuch des Petitionsausschusses, die Höhe der »Beseitigungsgebühren« in Brandenburg als »nicht zu beanstanden« auszuweisen, ist geradezu skandalös und angesichts der zunehmenden Verarmung der Bevölkerung des Landes im Ergebnis von Mißwirtschaft und Korruption auf allen Ebenen, insbesondere auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft, an Zynismus kaum zu überbieten. Er ist gescheitert. Hier sei nur an das Wort des langjährigen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. Stolpe, erinnert, wonach 10 DM/m³ (nicht Euro) Wasser+Abwasser die Schmerzgrenze darstellen und die Aussage, daß im Abwasserbereich die Grenze zur Kriminalität überschritten wurde. Diese Aussagen sind richtig und zutreffend, nur hat der Herr MP nichts getan, um das Problem zu lösen. Auch sein Nachfolger tut nichts – schließlich ist er als Umweltminister einer der Hauptverantwortlichen für die Abwassermissere im Land Brandenburg. In beispielloser Arroganz hat er zu Protokoll gegeben, daß das Abwasserproblem in Brandenburg im Prinzip gelöst ist. Bürger, die sich ungerecht behandelt fühlen, können ja vor Gericht klagen.

Natürlich weiß Herr MP, daß man dazu einen langen Atem, viel Kraft und Nerven und auch Geld und nicht zuletzt einen Anwalt braucht. So ein Anwalt ist schwer zu finden, jedenfalls kein guter, und kaum einer im Land Brandenburg. Wenn man dann einen gefunden hat, dann muß man gar aufpassen, daß er nicht in die falsche Richtung umkippt oder auf beiden Schultern trägt. Deshalb sind gelernte, immer noch obrigkeitshörige DDR-Bürger kaum bereit, für ihr Recht zu kämpfen, jedenfalls solange sie Unrecht noch bezahlen können. Da erkaufte man sich seine Ruhe und Bequemlichkeit. Da macht man gern einen Vergleich, auch wenn man gewinnen könnte, dafür sorgt der »gute« Anwalt. Auch das weiß Herr MP und schließlich weiß er, daß er sich auf »seine« Verwaltungsgerichte verlassen kann, jedenfalls in der Sache. Formfehler machen seine Leute, zu denen er auch die Zweckverbände zählen darf, immer weniger dank der Anwälte, die ihnen zur Verfügung stehen. Da stehen sie Schlange, auch gute! Man kann als Anwalt eines Zweckverbandes richtig viel Geld verdienen - natürlich aus den Taschen der Bürger! Auch zu diesem Geld würde der berühmte römische Kaiser, der die Toilettensteuer erfunden hat, sagen: non olet (es stinkt nicht)

JOHANNES MADEJA

Einstieg ins globale Giftmüllimportgeschäft

Theo Steils Giftmüllverbrennungsanlage ist hoch spekulativ, liegt aber im Trend

»Giftmüll aus aller Welt«, so titelt der Der »Spiegel« (8/2007, S.34f) und kommt zu dem beunruhigenden Ergebnis: »Die Bundesrepublik ist zu einer gigantischen Entsorgungsstation für giftige Abfälle aus aller Welt geworden. Amerikaner, Chinesen, aber auch europäische Länder schicken ihren gefährlichsten Müll nach Deutschland.«

Dieser Befund wird durch statistisches Material aus dem Bundesumweltamt und dessen Analysen gedeckt. Die Presseinformation des BUA 060/2005, die neben weiteren wichtigen Fakten zum internationalen Giftmülltransfer auf der aktuellen Homepage des BUA zu finden ist (www.bundesumweltamt.de/uba-infopresse/2005), stellt fest, daß die Importe genehmigungspflichtiger Abfälle im Jahr 2004 um rund 33 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen und die 6,5 Mio Tonnen-Marke erreicht haben. Das BUA prognostizierte zwar für das Jahr 2005 eine Trendumkehr, weil viele Deponien mit unzureichender technischer Ausstattung auf Grund der Abfallablagerungsverordnung zum Juli 2005 geschlossen werden müssen, die kurz vor Toresschluß noch »soviel Abfälle wie möglich zu sehr geringen Preisen« angenommen haben, aber der eigentliche Grund für den Müllimport liegt im Preisgefälle. Während in den Nachbarländern, wie den Niederlanden die Deponiesteuern für hohe Entsorgungsgebühren sorgen, fallen in der Bundesrepublik »marktbedingt« niedrige Preise für deutsche Deponien und Müllverbrennungsanlagen an. »Marktbedingt« bedeutet im Klartext, daß in der BRD Überkapazitäten an Müllverbrennungsanlagen bestehen, die ohne »zusätzliche Abfälle, die durch sehr geringe Preise eingeworben wurden, bei weitem nicht ausgelastet gewesen« wären (Presse-Info BUA). Besonders drastisch ist die Entwicklung bei den Importen der gefährlichen Abfälle, die sich seit dem Jahr 2000 verdreifacht haben und 2007 die Menge von 2,5 Millionen Tonnen überschreiten dürften.

Die in Eberswalde geplante Anlage ist also, wenn man die Abfallbilanz der Bundesrepublik betrachtet, völlig überflüssig und wird sich nur

rechnen, wenn weiter zusätzlicher Müll aus dem Ausland »eingeworben« wird. Theo Steil setzt also ganz auf den Trend der letzten Jahre, daß »der Müll aus aller Herren Länder akquiriert wird.« (Spiegel)

Die Statistik des BUA weist auch für das Jahr 2004 die Abfallarten und -mengen aus:

- 220 000 Tonnen mit Holzschutzmitteln behandeltes Altholz
- 170 000 Tonnen kontaminierter Boden
- 130 000 Tonnen Abfälle von Säuren, Laugen, Lösemitteln
- 60 000 Tonnen Altöl und vieles andere mehr.

Nun könnte man sagen, na schön, laß doch die Müllunternehmer importieren oder exportieren, je nachdem, wie es sich rechnet. Geschäft ist Geschäft und Steuern werden auch abfallen für jede Tonne Giftabfall, die hier bei uns verbrannt wird.

Die Betreiber der Anlagen werden auch nicht müde, die Sicherheit ihrer Anlagen zu betonen und bestehen auf ihrem Recht ein gutes Geschäft zu machen. Demgegenüber betonen Wissenschaftler, »daß es eine Müllverbrennung ohne schädliche Emissionen nicht gebe«. Der Spiegel (8/2007, S.36) zitiert den Prof. für medizinische Mikrobiologie H. Rosin, der die Aussagen der Müllindustrie als »Verdummbeuteltung« bezeichnet. Selbst bei den besten Anlagen werden »krebserregende Partikel« freigesetzt, gelangen diese in die Nahrungskette, schädigen sie die Gesundheit von Menschen.

Daß die Müllverbrennungsanlage in Eberswalde für die Entwicklung der Region unverzichtbar sei, wird keiner behaupten wollen. Vor allem die gesundheitlichen Gefahren für die Anwohner, die von einer Sondermüllverbrennungsanlage ausgehen, sprechen gegen ihre Errichtung. Die Anlage ist überflüssig und gefährlich. Für ihre Errichtung spricht nichts, außer der Tatsache, daß Theo Steil spekuliert, damit Geld zu verdienen, wenn er ins Müllimportgeschäft einsteigt. An seiner festen Entschlossenheit, dies zu tun, besteht kein Zweifel.

HARTMUT LINDNER

Gaspreise wurden gesenkt

Unter dem Druck hunderttausender Widersprüche der Verbraucher gegen die Energiekosten, die auch die Kartellämter und Gerichte beschäftigt haben, sahen sich die Energieversorger jetzt gezwungen, ihre Preise zu senken. Die 0,4 Cent/kWh Preissenkung des Versorgers EWE bei den Gastarifen sind aber nur eine Beruhigungsspielle. Die Senkung wird auch nicht als Korrektur dargestellt, sondern ist angeblich durch sinkende Einkaufspreise begründet.

Der ab 1.4.2007 geltende Preis ist genauso wenig begründet, wie die Erhöhungen der letzten Jahre. Die massenhaften Widersprüche gegen diese Preiserhöhungen auf der Grundlage des § 315 BGB haben die lokalen Energiever-

sorger noch nicht dazu bewegen können, einen Billigkeitsnachweis für ihre Preise zu liefern.

Wenn die Preisänderung durch gesunkene Einkaufspreise begründet ist, dann ist zu fragen, warum dann EWE als Versorger im Eberswalder Umland den Preis um 0,4 Cent/kWh senkt, während die Stadtwerke als Eberswalder Versorger nur um 0,3 Cent/kWh senken können, wo doch EWE mit 50 % an den Stadtwerken beteiligt ist? Das wird doch nicht etwa mit dem Kauf der Stadtwerkeanteile zusammenhängen? Möglicherweise sollen die Eberswalder Kunden der Stadtwerke den Kaufpreis für die Stadtwerkeanteile über die Energiepreise finanzieren.

A.T.

Wieviel »Bio« ist Biogas?

Eberswalde (bbp). Ein Holzkraftwerk auf dem Gelände des Eberswalder Binnenhafens hat Ende 2006 den Probetrieb aufgenommen. Für eine benachbarte Biodieselanlage liegen derzeit in den Rathäusern von Eberswalde und Schorfheide die Antragsunterlagen zur Einsichtnahme aus. Über ein drittes Bioenergieprojekt gibt es derzeit keine aktuellen Informationen. Obwohl der Bau einer Biogasanlage auf dem Gelände des Technologie- und Gewerbeparks Eberswalde (TGE) schon Anfang 2007 beginnen und im Juli 2007 abgeschlossen sein sollte.

Dieses Ziel verkündeten die Vertreter der OPTICONS Verwaltungsgesellschaft mbH aus dem bayerischen Rosenheim am 25. September 2006 im Tourismuszentrum des Familiengartens auf einer Informationsveranstaltung der Wirtschaftsfördergesellschaft Eberswalde. Neben OPTICONS und dem Generalunternehmer des Projekts, der Regensburger inTRUST AG, waren Vertreter der kreislichen Wirtschaftsfördergesellschaft WITO und der Technischen Werke Eberswalde (TWE) vertreten. Auch Bauern der Region waren eingeladen worden. Über die Presse veröffentlichte Einladung an interessierte Bürger war von diesen kaum wahrgenommen worden, so daß die Veranstaltung vor nahezu leerem Saal stattfand.

Die Biogasanlage soll nach Auskunft der Betreiber eine Leistung von 5 Megawatt bekommen. Damit würde auf dem TGE die bisher weltgrößte Biogasanlage entstehen. Dieses Etikett trägt derzeit die im Jahr 2005 ebenfalls von der inTRUST AG errichtete 2,5-MW-Anlage in Anklam. Dort werden aus 40.000 Tonnen Maissilage, 20.000 Tonnen Schweinegülle und 3.000 Tonnen Roggenmehl jährlich bis zu 20.000 MWh Elektroenergie produziert. In Eberswalde soll keine Gülle zum Einsatz kommen. Hier sollen nachwachsende Rohstoffe wie Klee, Mais, Roggen, Weizen oder Rüben zu Methan vergoren werden. Die doppelte Kapazität würde auch die doppelte Menge an Rohstoffen erfordern, also ca. 130.000 Tonnen pro Jahr. Hinzu kommen die Rückstände aus der Biogasproduktion, die als organisches Düngemittel wieder zurückzutransportieren sind.

Für 100.000 Tonnen Maissilage sollen auf dem Gelände Silos gebaut werden. Allein um diesen Mais zu produzieren sind 2.400 ha landwirtschaftliche Nutzfläche erforderlich. Während angepaßte Biogasanlagen im Umfeld von

Stallanlagen kaum auf Widerspruch stoßen, stehen Umweltfachleute großen Biogaskraftwerken eher skeptisch gegenüber. Neben den befürchteten Monokulturen, die zudem einen verstärkten Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen fördern, belastet auch der hohe Transportaufwand die Bioenergiebilanz. Zudem fehlen auf dem TGE ausreichende Möglichkeiten, um die entstehende Abwärme nutzen zu können. Die direkten und indirekten Subventionen, die solche Anlagen für den Betreiber überhaupt erst rentabel machen, würden hier Fehlentwicklungen fördern, heißt es. Bedenken, die übrigens auch beim Holzkraftwerk und der geplanten Biodieselanlage auf dem Hafengelände geäußert werden.

Daß es seit jener Informationsveranstaltung so ruhig um die geplante Biogasanlage geworden ist, hängt möglicherweise mit weiteren Schwierigkeiten zusammen, die an dem geplanten Standort zu erwarten wären. So läßt der Bebauungsplan für den TGE eine solche Anlage derzeit nicht zu. Allerdings ist im Januar eine Änderung des Bebauungsplans eingeleitet worden. Die bisher unbebaute große Industrie- und Gewerbefläche im Ostteil des TGE wird derzeit durch geplante, aber noch nicht gebaute Straßen in mehrere kleine Gewerbegrundstücke geteilt. Die TWE wollen dieses Industriegebiet »an möglichst wenige Investoren vermarkten«. Dafür sei es erforderlich, flexibel reagieren zu können, weswegen die festgesetzten Straßenverkehrsflächen aus dem Bebauungsplan herausgenommen werden sollen. Die Erschließung der Grundstücke soll künftig über Privatstraßen erfolgen.

»Desweiteren hat sich in der Vergangenheit gezeigt«, heißt es in der Begründung zur Änderung des Bebauungsplanes weiter, »daß in Industriegebieten eine maximale Gebäudehöhe kaum

praktikabel ist. Schonsteine und Sonderbauten für die Betreibung eines größeren Betriebes sind in der Regel unumgänglich.« Daher soll die bisher geltende Begrenzung der Gebäudehöhen auf 10,50 Meter aufgehoben werden. Abschließend heißt es: »Die beiden beabsichtigten Änderungen berühren nicht die Grundzüge der Planung und eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird nicht über das bisher schon bestehende Maß neu begründet. Darum soll zur Verfahrensbeschleunigung das vereinfachte Verfahren gemäß § 13 BauGB angewendet werden.« Dies bedeutet u.a., daß »von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 (1) und § 4 (1) BauGB abgesehen werden« soll. »Es soll nur die Beteiligung berührter Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem § 4 (2) BauGB sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB erfolgen.«

Informationen, ob diese B-Plan-Änderung mit der in Rede stehenden Biogasanlage im Zusammenhang steht, können den vorliegenden Unterlagen nicht entnommen werden. Auch auf den Sitzungen des Planungsausschusses und der StVV gab es keine entsprechenden Informationen. Erst eine Nachfrage auf der Ausschusssitzung am 6. März schaffte Gewißheit. Der Bebauungsplan wird wegen der Biogasanlage geändert.

Im September 2006 hieß es noch, daß die Biogasanlage im Westteil des TGE erbaut werden solle. Dort allerdings beträgt der Abstand zur Wohnbebauung in Lichterfelde lediglich 300 Meter, während Abstandsregelungen mindestens 500 Meter vorsehen. Mit einer Verlagerung des Anlagenstandortes auf den Ostteil des TGE kann diesem Einwand entsprochen werden. Der weiter östlich liegende Standort würde auch die Lärm- und Geruchsbelästigung durch die geplanten 4 Gasturbinen für das Wohngebiet mindern.

An den Transportbelastungen ändert eine solche Standortverschiebung allerdings nichts. Etwa 40 bis 50 Fuhren pro Tag wären einschließlich der Leerfahrten zu erwarten. Dies e Verkehrsbelastung muß zudem im Zusammenhang mit dem Zulieferverkehr des Holzkraftwerkes und der geplanten Biodieselanlage sowie der möglichen Müllverbrennung der Firma Steil gesehen werden. Und umgekehrt.

Bürgersolaranlage Eberswalde: Machen Sie mit!

Eberswalde (af). Nachdem Bürgermeister Friedhelm Boginski und die Stadtverwaltung ihre Unterstützung für die Errichtung einer Bürgersolaranlage auf einem öffentlichen Gebäude der Stadt zugesagt haben, kann dieses bereits seit längerem geplante Projekt jetzt in die Tat umgesetzt werden.

Die Idee ist einfach: Bürger, die über keine eigene Dachfläche oder ausreichend Kapital für eine eigene Anlage verfügen, aber dennoch die Erzeugung von Solarstrom fördern und als Kapitalanlage nutzen wollen, schließen sich zusammen und errichten gemeinsam eine Photo-

voltaikanlage. Die Erträge aus der für 20 Jahre garantierten Einspeisevergütung (derzeit 49,21 Cent/kWh) werden je nach Anteil unter den Gesellschaftern aufgeteilt. Beteiligungen sind ab 500 Euro (wünschenswert ab 1.000 Euro) möglich. Je mehr Kapital zusammen kommt, um so größer und effektiver kann die Anlage ausgerichtet werden und um so mehr CO₂ wird eingespart.

Nähere Informationen und Auskünfte zur Beteiligung gibt es bei Andreas Fennert (kontakt@andreas-fennert.de) oder im Büro von Bündnis 90/Die Grünen, 03334-384074.

Infotag über die ÖkoLeA

Jeden ersten Sonntag im Monat können Sie unsere Lebensgemeinschaft und ihre Projekte kennenlernen. Wir bieten eine Führung durch die ÖkoLeA in Klosterdorf: die Gemeinschaftseinrichtungen, den Garten, die Holzofenbäckerei Drachenbrot, das Bildungszentrum, die Gästetage und viele interessante Informationen über das Leben in der ÖkoLeA.

Nächster Infotag: 1. April, Beginn 11 Uhr, Teilnahmebeitrag 5 Euro (ÖkoLeA e.V., Hohensteiner Weg 3, 15345 Klosterdorf bei Strausberg)

»Hunde weg, Kinder weg, alles muß weg«

Dieser wunderbare, ironische Ausspruch von Aleksandr Binder auf der Einwohnerversammlung am 27. Februar im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels trifft den Nagel genau auf dem Kopf. Vor etwa drei Wochen hatte die UNICEF eine Studie herausgegeben. Demnach ist Deutschland ein sehr kinder- und familienunfreundliches Land. Wir rangieren in der UNICEF-Auswertung wir auf Platz 11! Dieses schlechte Ergebnis wurde auf der Einwohnerversammlung mehr als bestätigt.

Auf jeden Fall, was die Fragen hinsichtlich Kinder- und Jugendfreundlichkeiten an den Bürgermeister Boginski betrafen. Es gab an diesem Abend tatsächlich Augenblicke, da habe ich mich geschämt, Bewohner dieses Viertels zu sein. Wenn zum Beispiel das Hundekotproblem größer ist, als die sozialgesellschaftlichen Sorgen und Nöte, die dieses Viertel eigentlich hat. Aber der Abend fing schon sehr merkwürdig an und hatte dem ganzen Verlauf folgend einen sehr merkwürdigen, aber auch komischen Beigeschmack. Angefangen mit dem Vortrag über die Entwicklung des Brandenburgischen Viertels und Zukunftsvisionen für diesen Stadtteil. Sicherlich steckte viel Arbeit in der Vorbereitung, aber eine Präsentation mit so einer Unübersichtlichkeit, unleserlichen sowie unverständlichen Worten, den Bewohnern zu zeigen, grenzt an einer negativen Sensation für die Sinne SEHEN und HÖREN. Da ist plötzlich ein Stadtteilzentrum am äußersten Rand angesiedelt, Gebäude stehen unter Beobachtung, Leben findet ohne Schule statt und es gibt Vortragspunkte die nannten und nennen sich »Planning for Real«! Prima, wieder englischsprachige Worte in einer Gesellschaft, in der verstärkt für den Erhalt der deutschen Sprache gekämpft wird. Ohne Übersetzung blieb dieser Begriff im Raum stehen, bei gleichzeitiger Ratlosigkeit bei den Einwohnern.

Anschließend wurden dem Bürgermeister Fragen und Anregungen dargebracht, die Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung im Stadtteil

betreffen. Wie zu tiefsten Zeiten der Überwachung! »Die Treppe in meinem Haus wird nicht gemacht, der Kontaktbereichsbeamte kümmert sich nicht um die Seitenstraßen, d.h. der geht keine Streife, der Vermieter hört ständig laute Musik, die Bushaltestellen sind dreckig, das Heu im Wald liegt rum und die Hunde machen überall hin.«

Und der Bürgermeister wußte Antwort zu geben. Die Vermieter werden sich kümmern, mit der Polizei wird seitens der Stadt neu verhandelt, der Aufgaben des Kontaktbereichsbeamten wegen, das Heu wird wohl weiter im Wald liegen und der Hundekot muß sich selbst auflösen, weil auch da keine Lösung gefunden werden konnte. Die Damen und Herren um den Bürgermeister herum und er selbst haben es geschafft, wichtige Probleme gekonnt zu umgehen. Da wurde von Einwohnern gefragt: »Was passiert mit der Ruine 'Zum Specht', warum müssen die Mieter der RENTA Bau ihre Satellitenschüssel abbauen, kann man ein Rauchverbot oder eine diesbezügliche Einschränkung im EKZ 'Heidewald' der Gesundheit zuliebe durchsetzen oder diskutieren, was hat der Sporthallenwechsel für die Schulen für eine Bedeutung, was kann man für die Menschen, die tagtäglich auf dem Potsdamer Platz stehen machen, daß sie für niemanden eine Last darstellen?« Diese Vielzahl von wichti-

gen sozialkritischen, baurelevanten, sowie mietrechtlichen Fragen wurde entweder gar nicht oder unter Berufung auf Unkenntnis sowie Unverständnis beantwortet. Da war zu hören, daß man den Eigentümer der Ruine »Zum Specht« anschreiben möchte um weiteres zu klären. Und wieder wird kein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden. Die Stadtverwaltung möchte, sich zu einer »Dreierunde« treffen, um das Problem Potsdamer Platz und deren Menschen und Nutzung wieder mal im kleinen, internen Kreis klären. Die Sporthallennutzungsproblematik der Schulen wurde ganz vergessen oder verdrängt.

Das Rauchverbot oder Raucheinschränkungen in Gaststätten ist zwar Bundessache, aber das einfach als gegeben hinnehmen und so zum Ausdruck bringen ist in meinen Augen nicht nur fatal, sondern auch grob fahrlässig. Ein Bürgermeister oder die Verwaltung kann mit dem jeweiligen Besitzer einer solchen Lokalität schon ins Gespräch kommen und demjenigen Vorschläge und Kompromisse unterbreiten zur Verbesserung der Luft und des Klimas in dem Bereich EKZ Heidewald.

Das Fazit der Versammlung: Alles bleibt beim Alten, es ist so wie es ist.

RENÉ GLOEDE



Linke Opposition traf sich in Eberswalde

Am 19. Februar versammelte sich der Brandenburger Landesverband des Netzwerk Linke Opposition (NLO) in Eberswalde zu seinem dritten Treffen. Elf Mitglieder und Interessenten waren am Rosenmontag gekommen – allerdings nicht, um einen Elferrat zu gründen. Erfreulicherweise zog das Netzwerk-Treffen, wie auch schon bei den vorherigen Terminen, VertreterInnen der Linken und AktivistInnen der sozialen Bewegungen an. Sie wollten wissen, was das NLO ist und welche Perspektive es hat.

In Eberswalde war neben Mitgliedern der Marxistischen Initiative und der Gruppe Arbeitermacht, die das NLO in Brandenburg ins Leben gerufen hatten, auch ein Vertreter der

DKP dabei. Auch Mitstreiter des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde sowie interessierte BürgerInnen und AktivistInnen aus der Umweltbewegung waren anwesend.

Neben der Frage, wie das NLO auch vor Ort praktisch aktiv werden kann (z.B. im Rahmen der Anti-G8-Mobilisierung), wurde der Entwurf einer politischen Plattform erörtert. Kontrovers wurden dabei die Frage einer neuen Arbeiterpartei sowie die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der Fusion von WASG und L.PDS diskutiert. Einhelliger Tenor dabei war die Ablehnung dieser Fusion als Schaffung einer neuen reformistischen Partei mit der Fixierung auf Parlamentarismus und

Regierungsbeteiligungen. Das Netzwerk will im Gegensatz dazu gerade den außerparlamentarischen Widerstand organisieren und diesen mit einer antikapitalistischen Perspektive verbinden.

Besonders erfreulich, daß sich bereits einen Tag nach dem Treffen weitere InteressentInnen meldeten, die im NLO mitarbeiten wollen. Das nächste Treffen findet am 26. März um 18 Uhr in der Gaststätte »Mundshof« (Schicklerstr. 1) in Eberswalde statt. Wir laden dazu alle ein, die sich aktiv in den Kampf gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Privatisierungen, Umweltzerstörung, Neoliberalismus und Kapitalismus einbringen wollen. Kontakt: nlo-brandenburg@web.de

JAN NOACK

Einwohnerversammlungen

Jedes Jahr findet in jedem Ortsteil mindestens eine Einwohnerversammlung – so steht es in der Hauptsatzung der Stadt. Diese Festlegung wurde jahrelang nicht erfüllt. Der neu gewählte Bürgermeister hatte in seiner Antrittsrede erklärt, er werde ab Januar in allen Ortsteilen Einwohnerversammlungen durchführen. Dies hat er mit aller Energie durchgezogen. Teilweise wurden sogar zwei Einwohnerversammlungen in einem Ortsteil durchgeführt, wie in Finow und Clara-Zetkin-Siedlung, sowie Nordend und Westend. Ja, Bürgermeister Boginski scheute weder Zeit noch Mühe, um in kurzer Zeit alle Stadtteile zu besuchen. In seinem Gefolge die Dezernenten und die Chefs der kommunalen Unternehmen.

Nach Jahren ohne Einwohnerversammlungen war das Interesse der Bürger (und der Medien!) sehr groß. Das zeigte sich in der Teilnahme und an der lebhaften Diskussion. Der neu gewählte Bürgermeister dürfte selbst auch Magnet für die Bürger gewesen sein. Insgesamt nahmen mehr als 1500 Bürger an den Einwohnerversammlungen teil. Vielerorts platzten die gewählten Räume aus den Nähten, worin sich auch ein Mangel an geeigneten Räumen zeigt. Die Einwohnerversammlung in der Clara-Zetkin-Siedlung fand geradezu unter unwürdigen Bedingungen statt – in der Garage eines Feuerwehrfahrzeugs auf Klappbänken ohne Rückenlehnen, inmitten von Feuerlöschgerätschaften.

Waren es tatsächlich Einwohnerversammlungen gemäß Gemeindeordnung? Nein das waren sie nicht. Aber sie konnten es auch nicht sein, denn alle Teilnehmer hatten den verständlichen Wunsch, endlich wieder einmal gehört zu werden und Meinungen und Kritiken an den Mann – sprich den Bürgermeister – bringen zu können. Und diese Möglichkeit wurde ihnen in reichlichem Maße geboten und von ihnen genutzt. Notwendig und möglich

war es aber, zu Beginn der Versammlung auch festzustellen, daß die Versammlungen eher öffentliche Sprechstunden des Bürgermeisters als Einwohnerversammlungen waren, und daß erst in der Folge echte Einwohnerversammlungen zu erwarten sind. Statt dessen reglementierte Bürgermeister Boginski bei seiner Eröffnung diejenigen, die immer in der StVV reden würden, sie sollten sich hier zurückhalten.

Die Ortsbürgermeister werden sich in den Einwohnerversammlungen gefragt haben, wozu der Bürgermeister von ihnen Themenvorschläge für die Einwohnerversammlungen erbeten hatte, denn es gab weder eine Reaktion darauf, noch fanden die Themenvorschläge Berücksichtigung.

Was ist von einer Einwohnerversammlung zu erwarten? Einwohnerversammlungen dienen dem Zweck, wichtige Gemeindeangelegenheiten mit den Bürgern zu erörtern. Sie sind »eine besondere Form der Unterrichtung der Einwohner und zugleich eine Möglichkeit zur gemeinsamen Willensbildung von Gemeindevertretung und Einwohnerschaft« (Kommentar zur GO). Zur Erfüllung dieser Aufgabe fehlten sowohl geeignete Themenstellungen, wie auch der Disput mit den Abgeordneten. Diese Anforderung werden zukünftige Einwohnerversammlungen berücksichtigen müssen.

Der Bürgermeister zog in der StVV am 22. Februar eine Bilanz der Einwohnerversammlungen mit der Fülle von Informationen. Er bat, ihm Zeit zur Verarbeitung zu lassen, nach dem Motto: nun ist's erstmal genug. Aber die eigentlichen Themen für die Einwohnerversammlungen warten nicht. In Finow zum Beispiel ist die Telekomstraße bereits im Investitionsplan verankert. Für für deren Projektierung sind 30.000 Euro im Jahr 2006 und 75.000 Euro im Jahr 2007 eingesetzt bzw. geplant.

ALBRECHT TRILLER

Telekomstraße:

Falschaussagen

Finow (at). In der Finower Einwohnerversammlung fragte ein Bürger nach dem geplanten Ausbau der Telekomstraße. Der Baudezernent Dr. Günter Prüger gab darauf eine kurze Antwort, die den Eindruck erweckte, als sei bei diesem Investitionsvorhaben noch alles offen. Insbesondere erklärte er, daß sich die Straßenbreite und zulässige Tonnage erst im Zuge der tiefgründigen Planung, der Abstimmung mit dem Naturschutz und der zu erwartenden Nutzungsintensität ergebe.

Diesen Aussagen steht entgegen, daß bereits 105.000 Euro für die Planung der Telekomstraße im Investitionsplan eingestellt wurden. In den Stadtverordnetenversammlungen am 16.6.05 und 22.9.05 wurde über die Übernahme der Telekomstraße (auf Eberswalder Gemarkung) in städtische Trägerschaft beraten (BBP 7/2005 u. 10/2005). In der Begründung dazu wird eine Ausbaubreite der Straße von 6,50 m genannt, wie dies auch im Umstufungskonzept des Landkreises steht (KT-Beschluss vom 23.2.05). Dementsprechend sind auch die Mittel geplant. Sie sind inzwischen Bestandteil der städtischen Haushaltsplanung. Eine Abweichung von der geplanten Ausbaubreite von 6,50 m ist nicht ohne weiteres möglich, denn davon ist die Gewährung von Fördermitteln (geplant sind INTEREG- bzw. GVFG- Mittel und ein Zuschuß des Landkreises) abhängig.

Über den Ausbau der Telekomstraße wird die StVV gesondert entscheiden. Bürgermeister Boginski erklärte in der Einwohnerversammlung in Finow im Zusammenhang mit der Einwohnerfrage: »Alle reden hier von Straßen. Ich sehe mir gerade alle Kitas in der Stadt an und sage Ihnen, ich werde mich zukünftig öfter für die Kitas entscheiden müssen.« Das läßt hoffen, daß über den Ausbau der Telekomstraße noch einmal nachgedacht wird.

Gedenken am 6. April

Anläßlich der 41. Wiederkehr des Flugzeugunglücks der beiden Finower Piloten B. W. Kapustin und J. N. Janow führen der Kreisvorstand der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde und die AG-Gedenkstätten Bernau zwei Gedenkveranstaltungen durch. Die erste am 6. April um 10 Uhr am sowjetischen Ehrenmal im Stadtpark in Finow und die zweite am gleichen Tag um 11.15 Uhr auf dem Gelände des Luftfahrtmuseums in Finowfurt. Der Kreisvorstand der Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde und die AG-Gedenkstätten Bernau laden hierzu alle Bürgerinnen und Bürger ein.

Die beiden Sowjetsoldaten verloren ihr Leben, weil sie, statt aus ihrer havariierenden JAK 28 mit dem Fallschirm abzuspringen, eine Notlandung versuchten. Sie wollten den Absturz der führerlosen Maschine über dichtbesiedeltem Wohngebiet in Westberlin verhindern.

WALDEMAR HICKEL

GO § 17 Einwohnerversammlung

(1) Wichtige Gemeindeangelegenheiten sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck sind Einwohnerversammlungen und andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen...

(4) Die Vorschläge und Anregungen der Einwohnerversammlung sollen innerhalb einer Frist von drei Monaten von der Gemeindevertretung behandelt werden.

»Das Problem ist bekannt«

Seit 37 Jahren wohne ich in der Ringstraße 130. Ich wollte möglichst auf dem kürzesten Weg von meiner Wohnung zur Obushaltestelle Forsthaus kommen. Heute bin ich geh- und sehbehindert und froh über meine damalige Entscheidung. Bis 1990 führte dieser kurze Weg über den Platz der Jugend direkt zur Bushaltestelle. Dann kam die politische Wende und die Privatisierung der Häuser am Platz der Jugend einschließlich der umgebenden Grundstücke. Seitdem ist die Bushaltestelle nur noch über den Umweg der Treppen am Kopernikusring zu erreichen. Doch diese Treppen sind marode und für Behinderte eine Zumutung.

In den vergangenen Jahren wandte ich mich mehrfach mit Eingaben an die Stadt, um wieder einen begehbaren direkten Durchgang zur Obushaltestelle zu erreichen. Doch jedesmal kamen Absagen. Seit der Wende sind die Worte Privatisierung und Kapitalismus dauerhaft geltende Unwörter. Auf die Belange Behinderter wird nicht eingegangen. Auf der Einwohnerversammlung in Finow sprach ich das Problem erneut an. Doch der städtische Baudezernent Dr. Prüger erwiderte nur: »Das Problem ist bekannt«. Ist das die Lösung, die die Stadtverwaltung für ihre Bürger parat hat?

LOTHAR DANNER

Eröffnung der überarbeiteten Ausstellung am 24. April:

Rüstungsindustrie und ihre Lager in Eberswalde

Anlässlich des 62. Jahrestages der Befreiung der Stadt Eberswalde vom Faschismus eröffnet das Geschichtswissenschaftliche Institut Eberswalde e.V. (GWI) am 24. April um 14 Uhr in seinen Räumen in der Havellandstraße 15 (über dem JUKI-Treff) die Ausstellung »Rüstungsindustrie und ihre Lager in und um Eberswalde von 1939-1945«. Das GWI möchte mit der Ausstellung diesen besonderen Tag würdigen und zur Erinnerung an das nationalsozialistische Unrechtssystem beitragen. Mit der Ausstellung soll auch an das Schicksal der zahlreichen Lagerinsassen erinnert werden, die in Eberswalde in diesen Jahren Zwangsarbeit leisten mußten, darunter auch viele KZ-Häftlinge aus Ravensbrück.

Rund 20.000 Zwangsarbeiter aus vielen Ländern Europas, die Mehrzahl aus Osteuropa, fronten während des Krieges in Eberswalde und Umgebung. Sie wurden in zwei Großbetrieben und etwa 100 kleineren Unternehmen eingesetzt. Die Produktionspalette umfaßte Geschwundmunitio, Flak-Geschosse und Minen aller Art. Waffen und Ausrüstungen wurden nicht nur für das Heer, sondern auch für die Luftwaffe und Marine entwickelt und hergestellt. In Eberswalde sind auch Teile für die V2-Raketen produziert worden. Ardelt-Ingenieure waren bei den Starts der V2 immer dabei.

Zur besseren Darstellung der Bedeutung des Standortes folgende Zahl: etwa 10 % der ge-

samten Geschwundmunitio des Reiches stammte aus Eberswalde. Vertreter der Eberswalder Rüstungsindustrie waren Mitglieder vieler Gremien auf der Reichsebene, gar Vorsitzender dieser Gremien. Als Beispiel soll hier der Direktor der »Finow Kupfer- und Messingwerke AG«, Dr. Veltmann genannt sein, der zum Leiter des »Sondering Napfchen und Kerne für Infanterie-Munitio« berufen wurde. Ingenieure aus Eberswalde nahmen an der Entwicklung vieler Konstruktionen im Militärbereich teil.

Die Zwangsarbeiter sind auch in anderen Bereichen eingesetzt worden, besonders in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich. Ohne die Zwangsarbeiter wäre die Infrastruktur der Stadt Eberswalde nicht mehr funktionsfähig gewesen. Man muß sich vorstellen, daß die Stadt Eberswalde selbst damals etwa 40.000 Einwohner hatte. Der Vergleich der Einwohnerzahl mit der Zahl der Zwangsarbeiter spricht für sich und macht die Zahl der 42 bekannten Lager verständlich. Die Zwangsarbeit war eine sehr lukrative Form der Ausbeutung und Gewinnerzielung, insbesondere im Verbund mit den unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Besonders zu erwähnen ist hier der Einsatz der Häftlingsfrauen des KZ Ravensbrück in zwei KZ-Außenlager in Eberswalde und Finow sowie der besonders brutale Umgang mit den Frauen.

Zur Eröffnung der Ausstellung sind eingeladen: der Landrat des Landkreises Barnim Bodo Ihrke, der Bürgermeister der Stadt Eberswalde Friedhelm Boginski, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Sven Köhle und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Das Institut hat auch Einladungen an die Botenschaften der Russischen Föderation, Großbritanniens und Polens gerichtet, sowie an die Landesministerien für Bildung und Forschung. Erwartet wird auch eine Delegation aus Police/Polen mit dem Bürgermeister Wladyslaw Diakun.

An der Eröffnung nehmen auch 2 Zeitzeuginnen, ehemalige Zwangsarbeiterinnen aus Polen, die während des II. Weltkrieges in der Eberswalder Rüstungsindustrie eingesetzt waren, teil. Sie wurden nach Eberswalde eingeladen und absolvieren ein kurzes Besuchsprogramm. Beide Damen werden unter anderem am 25. April um 17.30 Uhr an einem Bürgertreffen in den Räumen der Linkspartei.PDS in der Breiten Straße 46 teilnehmen.

Das Institut bedankt sich für die finanzielle und materielle Unterstützung bei der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« in Berlin, beim Landkreis Barnim, der Stadt Eberswalde, der Sparkasse Barnim und dem Evangelischen Gemeindezentrum »Dietrich-Bonhoeffer-Haus«.

HOLGER KLICHE, Direktor des GWI

Neuwahl bei Eberswalder Linkspartei.PDS

Eberswalde (bbp). Angekündigt war, daß der Stadtverband Eberswalde der Linkspartei.PDS auf einer Mitgliederversammlung am 3. März eine neue Vorsitzende oder einen neuen Vorsitzenden wählen werde. Die bisherige Stadtvorsitzende Maria Kausch hatte zum Jahresende 2006 ihren Rücktritt erklärt. Sie begründete ihre Entscheidung mit der Aufnahme einer »parteilichen« Arbeit bei der Arbeitsagentur, die es ihr nicht mehr ermögliche, die Verantwortung als Stadtvorsitzende wahrzunehmen. Ein Zusammenhang mit dem zögerlichen Auftreten der Partei im Vorfeld der Bürgermeisterwahl und dem darauf folgenden schlechtesten Wahlergebnis der Eberswalder PDS seit 1989 wurde nicht benannt.

Eine solche Kritik klang jedoch an, als Karl Diedrich den vor einem Jahr durch Maria Kausch abgelösten früheren Stadtvorsitzenden Jens-Olaf Melzow für die Wahl vorschlug. Allerdings fand dieser Vorschlag wenig Gegenliebe. Erika Gründer erinnerte daran, daß es damals einige Kritik an der Arbeit des Genossen Melzow gegeben habe. Es habe Gründe gegeben, daß Maria Kausch als seine Gegenkandidatin vorgeschlagen wurde. Fred Sponner kritisierte, daß Melzow nach seiner Abwahl nicht

im Vorstand mitgearbeitet habe. Hans Pieper erklärte, daß in seiner Basisgruppe vor der Wahlversammlung nach geeigneten Kandidaten gesucht worden war. Damals habe sich der Genosse Melzow nicht gemeldet. Daher favorisierte die BO den Vorschlag des Vorstandes, einen dreiköpfigen Sprecherrat zu wählen. Daran solle festgehalten werden. Ähnlich argumentierten auch Margitta Mächtig, Wolfgang Sachse und Georg Schulze.

Lediglich der frühere Landtagsabgeordnete Heinz Dobberstein, selber Mitglied des Stadtvorstandes, unterstützte die Kandidatur Melzows. Nachdem sich die Eberswalder PDS schon bei der Auswahl des Bürgermeisterkandidaten so schwer getan hatte, stelle das Fehlen eines Vorsitzenden eine Blamage für die Stadtorganisation dar. »Wir tun so, als hätten wir im letzten Jahr eine gute Entwicklung genommen«, mahnte er. Daß Jens-Olaf Melzow nach der Niederlage vor einem Jahr erst einmal eine Auszeit nahm, sei verständlich. Nun solle er noch einmal eine Chance bekommen. So wie Maria Kausch die ihre hatte. Die vorgeschlagene Dreiergruppe verglich Dobberstein mit einem Politbüro, in dem niemand die Verantwortung trage. »Wer führt die Gespräche mit dem Bürgermeister oder

Vertretern anderer Parteien? So verlieren wir an Ansehen bei den Menschen. Um ernst genommen zu werden, brauchen wir einen 1. Sprecher.«

Trotz der leidenschaftlichen Rede folgte die Mehrheit der Mitglieder dem Antrag des Stadtvorstandes, statt eines Vorsitzenden einen dreiköpfigen Sprecherrat zu wählen. Karin Wagner, die bisherige stellvertretende Vorsitzende, erklärte, daß dies seit Januar bereits erfolgreich praktiziert werde. Von den 65 anwesenden Mitgliedern und Sympathisanten wollten nur 8 die Wahl eines Vorsitzenden. Ein Genosse enthielt sich der Stimme.

Jens-Olaf Melzow beteiligte sich dann noch als Kandidat bei der Wahl des Sprecherrates. Doch auch da hatte er keine Chance. Die drei Kandidaten des Stadtvorstandes Karin Wagner, Torsten Duckert und Jörg Schneidereit erhielten 57, 57 bzw. 59 Stimmen, während Jens-Olaf Melzow mit nur 12 Stimmen nochmal eine deutliche Abfuhr erhielt.

Da Susanne Stolzmann und Martin Berner ihren Rücktritt erklärt hatten sollten auch die beiden vakanten Plätze im Stadtvorstand neu besetzt werden. Mangels Kandidaten mußte dies auf die nächste Mitgliederversammlung verschoben werden.

Dichtung und Wahrheit

Die Legendenbildung um Ernst Busch

Wer sich mit Ernst Busch befaßt, hat einen großen Gegenstand vor sich. Es geht um ein Jahrhundertphänomen. Ernst Busch, am 22. Januar des Jahres 1900 geboren, war einer der großen Schauspieler und Sänger des 20. Jahrhunderts, unverwechselbar und einzigartig. Nicht zu Unrecht gerühmt als einer der wichtigsten Schauspieler deutscher Zunge, war er mehr noch als Sänger seiner Art unübertroffen und international wirksam. Seine Stimme verleiht dem zeitgenössischen Lied neuen Ton und Verstand.

Die sozialistische Bewegung seines Jahrhunderts sängerisch prägend, entkommt auch ein Busch nicht den Wechselfällen dieses Jahrhunderts. Höhen und Tiefen, Aufstieg und Fall bleiben seinem Wirken und seiner Wirkung nicht erspart. Der Barrikadentauber von 1930 muß vor den Nazis fliehen, steht mit internationalem Liedgut dem Kampf des spanischen Volkes gegen die Putschisten zur Seite, gestaltet nach dem entsetzlichen zweiten Weltkrieg den demokratischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone und der jungen DDR mit. Anfang der 50er Jahre gerät er in die Fallstricke der eigenen Machtträger und wird verstummt. Der historisch tragische Vorgang ist so schäbig wie schädlich, er beschädigt die künstlerische wie kulturelle Entwicklung des neu entworfenen Gemeinwesens. Erst in den 60er Jahren gewinnt Ernst Busch seine sängerische Aktivität zurück, die ihn das größte Liedwerk des 20. Jahrhunderts, seine langgehegte Chronik in Liedern und Balladen mit etwa 200 Gesängen auf 45 Single-Schallplatten unter dem programmatischen Label »Aurora« realisieren läßt. In der alten Bundesrepublik wird er zum großen Vorbild der aufmüpfigen 68er. Der Öffentlichkeit bleibt er dennoch weitgehend unbekannt.

Ernst Busch war eigenwillig und durchaus nicht pflegeleicht, für Freunde und Bewunderer nicht (Brecht, Eisler usw.) und schon gar

nicht für verbockte Administratoren. Er war nicht unfehlbar, aber seine Haltung und seine Leistung waren grundehrlich. Seine Überzeugung und seine Aufrichtigkeit waren dazu angetan, mit dem administrierenden und zentralisierten Machtapparat des sozialistischen Regimes zusammenzustoßen. So hat er die sich entfaltende Differenz zwischen Macht und Idee, zwischen Realität und Vision nicht nur mit-, sondern auch hinreichend zu spüren bekommen.

Aus den Konflikten und Auseinandersetzungen zwischen ihm und Trägern der politischen Macht in der DDR um politische, kulturpolitische und künstlerische Orientierungen, Aufgaben und Strukturen, die keine einvernehmlichen Lösungen fanden, aber dennoch Konsequenzen nach sich zogen, nähren sich einige der Legenden um Buschs Persönlichkeit. In unserem neuen Busch-Buch mit dem Titel »Dichtung und Wahrheit – die Legendenbildung um Ernst Busch« werden drei davon untersucht. Zum einen geht es um die von Busch gegründete Firma »Lied der Zeit«, die nach seinem Vorschlag, allerdings unter heftigen konzeptionellen Auseinandersetzungen mit der staatlichen Kunstkommission, in Volkseigentum überführt wird, jedoch nicht enteignet, wie die Legende besagt. Zum zweiten legt sich Busch, »der Widerborstige«, mit der Parteiführung an. Er verliert nach der Legende sein Parteidokument bzw. wird aus der Partei ausgeschlossen. Das dritte »Lüftchen« unterstellt Busch, Wissen über politische Verbrechen der Stalin-Ära besessen und nicht konsequent dagegen angegangen zu sein.

Prof. Dr. JÜRGEN ELSNER

Carola Schramm & Jürgen Elsner, Dichtung und Wahrheit – die Legendenbildung um Ernst Busch, Zwei Teile und eine CD, trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 2006
Erster Halbband = ISBN 3-89626-591-1, 34,80 Euro
Zweiter Halbband = ISBN 3-89626-592-X, 37,80 Euro
CD ISBN 3-89626-640-3, 7,80 Euro

XII. Deutsch-Polnischen Jugendfestival 2007

Das XII. Deutsch-Polnische Jugendfestival der Euroregion POMERANIA findet vom 14. bis 16. September 2007 auf der polnischen Seite in Koszalin statt und wird durch das Service und Beratungszentrum der Euroregion Pomerania für Uckermark und Barnim organisatorisch unterstützt. Zu der grenzüberschreitenden Veranstaltung sind alle Schulen, Jugendclubs, Sport- und Kulturvereine aus den Landkreisen Uckermark und Barnim herzlich eingeladen.

Auf dem dreitägigen Programm des Deutsch-Polnischen Jugendfestivals steht ein vielseitiges und überaus interessantes Kultur- und Sportangebot. Im Bereich Kultur besteht die Möglichkeit auf einer großen Bühne im Amphitheater aufzutreten, außerdem steht für

die Chorkonzerte eine große Kirche zur Verfügung. Zusätzlich werden am Samstag Workshops zu den Themen Tanz (Salsa), Breakdance, Theater (Pantomime), Chor, Blasorchester, Rock und Journalismus angeboten.

Für die Sportler gibt es Turniere in folgenden Sportarten:

Basketball (Mädchen und Jungs – Jahrgang: 1989-1990), Volleyball (Mädchen und Jungs – Jahrgang: 1989-1991), Schwimmen (Mädchen und Jungs – Jahrgang: 1992-1994), Fußball (Jungs – Jahrgang: 1989-1990 und Jahrgang: 1991-1992).

Wir freuen uns auf interessante Beiträge und Ideen!

KATARZYNA WERTH, Service- und Beratungszentrum für Barnim und Uckermark

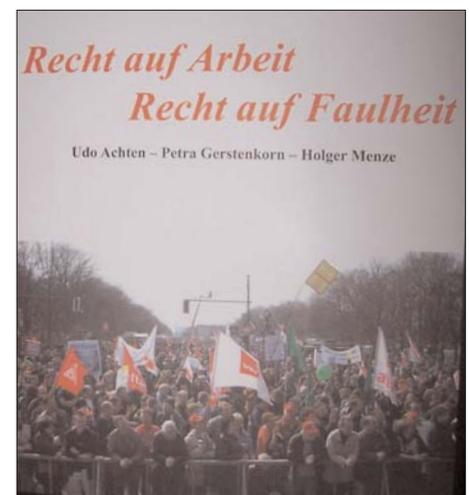
Recht auf Arbeit –

Recht auf Faulheit

Eberswalde (bbp). Anlässlich der Einwohnerversammlung im Brandenburgischen Viertel überreichte der Vorsitzende des ver.di-Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim Carsten Zinn je ein Exemplar des Buches »Recht auf Arbeit – Recht auf Faulheit« an Bürgermeister Friedhelm Boginski zum Verbleib in der Stadtbibliothek sowie an den Sozialdiakon Hartwin Schulz vom Dietrich-Bonhoeffer-Haus.

Das Bilderlesebuch beschäftigt sich mit einem grundlegenden Aspekt des menschlichen Daseins: der Arbeit. Es kommen – quer über die letzten ca. 150 Jahre – Autorinnen und Autoren zu Wort, die die verschiedenen Aspekte von Arbeit und arbeitslosigkeit behandeln: rechtlich, wirtschaftlich, sozial; aus ganz privater Sicht oder »hochoffiziell«. Auf den Seiten 360 bis 363 wird in einem redaktionellen Beitrag über das Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Brandenburgischen Viertel und die soziale Situation im Viertel berichtet.

Anlässlich der 2. ver.di-Bundeserwerbslosenkongress im Februar, ist das Buch der breiten Öffentlichkeit präsentiert worden. Carsten Zinn bedankt sich beim Team der Herausgeber, insbesondere beim Kollegen Holger Menze, der den Beitrag zum Dietrich-Bonhoeffer-Haus in das Buch aufnahm.



Das Buch kann zum Preis von 39,80 Euro unter www.verdi-bub.de/buchshop/shopdb erworben werden. Über Carsten Zinn (Erwerbslosenausschuss.Uckermark-Barnim@verdi.de oder über die BBP-Redaktion) können per Sammelbestellung großzügige Rabatte genutzt werden. Ein Buch kostet dann nur noch 26,80 Euro.

Kanada stoppt Anti-Terror-Act

Das House of Commons des kanadischen Parlaments hat mit 159 zu 124 Stimmen abgelehnt, den Anti-Terrorism Act zu verlängern. Die Anti-Terror-Maßnahmen wurden vor fünf Jahren nach den Attentaten vom 11. September 2001 in New York und Washington beschlossen. (wertkritik-eMail-Liste)

DIE NÄCHSTEN MONTAGSDEMOS IN EBERSWALDE

AM 19. MÄRZ UND AM 2. APRIL, BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Energiesparkontor Barnim e.V.

Tag der Erneuerbaren Energien am 28.4.2007

Wie in den Vorjahren werden am Tag der Erneuerbaren Energien interessante Lösungen zur Nutzung der einheimischen, umweltfreundlichen Energieträger und Vorschläge zur Energieeinsparung vorgestellt. Der Tag der Erneuerbaren Energien wird als gemeinsame Veranstaltung unter dem Dach von BARUM energie vom Landkreis, der FH Eberswalde, der Firmen REpower, der Stadtwerke Eberswalde, der Firma Frank Dahms, des Waldsolarheimes, Bündnis 90 die Grünen und dem Verein Energiesparkontor Barnim e.V. organisiert.

Das Waldsolarheim Eberswalde (Brunnenstraße 25) lädt von 9 bis 14 Uhr zu einem Tag der offenen Tür ein und präsentiert die Demonstrationsanlagen für Fotovoltaik und das BHKW und stellt das neue Solarkabinetts vor. Auf einem Informationsstand der Firma MP-Tec werden neue Fotovoltaik- und Solarthermieanlagen gezeigt und eine Projektberatung angeboten. Desweiteren werden Holzheizungsanlagen für Einfamilienhäuser vorgestellt und es gibt Konsultationsstützpunkte zur Energieeinsparung im Haushalt und in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die Firma REpower Systems AG in am Kruger Damm 11 in Trampe ermöglicht wieder die Besichtigung ihrer Produktionshalle. REpower-

Systems produziert Windenergieanlagen mit einer Leistung von 1,5 bis 5 MW. Insgesamt beschäftigt das Unternehmen 500 Mitarbeiter, davon 110 am Standort Trampe. Windparks von REpower stehen in Trampe, Lichterfelde, Rüdersdorf, in der Uckermark, Prignitz, Lausitz, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Tschechien, Italien, Frankreich, Griechenland, Japan, Australien etc.

Zwischen 11 und 12 Uhr erfolgt in Trampe eine Präsentation zur weltweit größten Windkraftanlage »REpower- SM«. Zwischen 10 und 14 Uhr bietet REpower die Möglichkeit, eine Windkraftanlage in Lichterfelde zu besteigen (Typ MD70, Leistung 1500 kW, Nabenhöhe 85 m, Rotordurchmesser 70 m, Teil des Windparks Lichterfelde mit 5 WEA).

Desweiteren sind Besichtigungen eines Einfamilienhauses mit Sonnenkollektoren für Warmwasser und eines Mehrfamilienhauses mit Solarstrom angekündigt. Die Holz-Pelletheizungsanlage des Stadtcampus und das Holzhackschnitzelheizwerk im Waldcampus der FH können besichtigt werden ebenso wie die Deponiegasanlage und das BHKW in Eberswalde Ostende. Neu auf dem Programm wird im Jahr 2007 die Besichtigung des Holzkraftwerkes Eberswalde im Hafen Eberswalde sein.

Buchlesung zu Ernst Busch:

Fragen ohne Antwort

In einer gemeinsamen Veranstaltung des Bürgerzentrums der Linkspartei.PDS Bernau und der Buchhandlung Schatzinsel werden am 13. März 2007 die Autoren Carola Schramm und Jürgen Elsner aus ihrer in zwei Halbbänden vorliegenden Publikation »Dichtung und Wahrheit – die Legendenbildung um Ernst Busch« lesen. Schramm und Elsner versuchen, sich dem Wahrheitsgehalt jener Legenden zu nähern, die im Laufe des hochproduktiven und bewegten Lebensganges Ernst Buschs nach dem zweiten Weltkrieg entstanden. Zur musikalischen Begleitung werden Tonaufnahmen Ernst Buschs zu hören sein. Die Buchlesung beginnt um 19.30 Uhr in der Buchhandlung Schatzinsel, Alte Goethestr. 2 in Bernau.

BÄRBEL MIERAU
(Buchbesprechung auf Seite 15)

Ein rarer Moment der Wahrheit

»Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! ... Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht.«

WALTER STÜTZLE, ehem. Verteidigungsstaatssekretär in PHOENIX Runde vom 07.11.2006
(gefunden von Gerd H., aus x-list)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Markmann (4), Triller, Dirk Winkler, www.ruednitz-journal.de
druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351
redaktionschluss: 3. März 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 31.3.2007, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
 Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)